

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2, Reichsmark voraus zahlbar.

Der "Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage "Welt und Zeit" mit "Siedlung und Kleingarten" sowie der Beilage "Unterhaltung und Wissen" und Frauenbeilage "Frauenstimme" erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: "Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Anzeigenzeile 70 Pfennig, Restzeile 4, Reichsmark. Kleine Anzeigen des festgesetzten Wort 20 Pfennig (ausfalls zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Fernsprecher: Redaktion: Tönhoff 292-295 Verlag: Tönhoff 2306-2307

Mittwoch, den 25. Februar 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Vollstreckkonto: Berlin 37536 - Bankkonto: Direktion der Tiefen-Gesellschaft, Teplitzener Straße 3

Undank für die Bergknappen.

Nach schweren Opfern lange Arbeitszeit, farger Lohn!

Böhm, 24. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die vier Bergarbeiterverbände veröffentlichten folgenden Aufruf:

Der am 5. Februar 1925 vom Schlichter in der Bergarbeitsfrage gefällte Schiedsspruch ist vom Reichsarbeitsministerium trotz unserer gemächlichen Gegengründe für verbindlich erklärt worden.

doppelt erbitternd nach den Geschehnissen der letzten Zeit und besonders nach den Behauptungen des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns, der erklärte, daß die Ueberarbeit in der Schwerindustrie nur für eine vorübergehende Notzeit vorgezogen sei.

Das Mehrarbeitsabkommen trat in Kraft nach Beendigung des passiven Widerstandes, als die Wirtschaft vollständig am Boden lag und die Micumlasten vom Bergbau getragen werden mußten.

Was soll nun werden? Durch die Verbindlichkeitserklärung wird der Schiedsspruch den Bergarbeitern rechtsverbindlich

ausgezwungen. Dieses konnte nur geschehen, weil das Unternehmertum durch die Verhältnisse wirtschaftlich und politisch gestärkt, die Arbeiter dagegen durch die systematische Zersplitterungsarbeit der Kommunisten und Unionisten geschwächt sind.

Verband der Bergarbeiter Deutschlands. Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands. Adaldische Berufsvereinigung, Abteilung Bergarbeiter. Gewerksverein Hirsch-Dunder, Abteilung Bergarbeiter.

Deutschland und Oesterreich.

Magdeburger Nachtlänge.

Der Reichsbannertag von Magdeburg hat in der Presse des Inlands und des Auslands ein vielfältiges Echo gefunden. Es zeigt sich, daß die Nationalisten daheim und draußen mit ihm wenig zufrieden sind, freilich aus entgegengesetzten Gründen.

Als Träger einer deutsch-republikanischen Politik ist das Reichsbanner vor allem auch Träger der Idee einer deutschen Einheitsrepublik, die die beiden deutschen Staaten, Deutschland und Oesterreich, zu einem Ganzen zusammenfaßt.

Die Anschlußidee, wie sie im Reichsbanner und auch in der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie vertreten wird, hat nichts zu tun mit einer törichten Politik der Irredenta rundum. Deutsche Gebiete sind durch den Friedensschluß fremden Staaten einverleibt worden, und fast alle Nachbarn Deutschlands haben davon profitiert.

Vielleicht kommt eine Zeit — und man kann nur wünschen, daß sie kommt —, wo die Grenzzeit nur noch eine geringe Rolle spielen und die Staaten bereit sein werden, über Gebietsveränderungen nach rechtlichen und praktischen Gesichtspunkten zu verhandeln.

Deutsche republikanische Politik ist Friedenspolitik. Friedenspolitik ist das Gegenteil von Irredenta-Politik. Ihre Unterstüfung liegt im Interesse ganz Europas.

Ganz anders liegen die Dinge mit Oesterreich. Die Tschechoslowakei und Polen z. B. sind geboren aus dem leidenschaftlichen Willen des tschechischen und des polnischen Volks zu staatlichem Eigenleben.

Alle anderen Nachbarstaaten — ausgenommen die Schweiz mit ihrer geschichtlich gewordenen Eigenart — sind vorwiegend von nicht-deutschen Stämmen bedeckt.

Oesterreich hat nicht nur nicht den Willen, sondern, nach dem Urteil seiner eigenen Einwohner, auch nicht die Möglichkeit, ein staatliches Eigenleben zu führen.

Die Grenzspähle zwischen Deutschland und Oesterreich sind die einzigen, die niedergedrückt werden können, ohne daß

Herr Geisler vor Gericht.

Eine geborstene Säule der Nationalen.

Um die Wahrheitsliebe des Abgeordneten Geisler und die Taktiken der Gelben Gewerkschaften drehte sich eine Besiedigungsfrage, die gestern bis in die späten Abendstunden das Amtsgericht Mitte beschäftigte.

Der Beflagte trat in dem gestrigen Termin im vollen Umfange den Wahrheitsbeweis an. Es waren zahlreiche Abgeordnete und Gewerkschaftsführer geladen worden.

Nachdem die Parteioberleiter längere Reden gehalten hatten, kam das Amtsgericht zu einer Freisprechung sowohl des Angeklagten Zimmermann als auch des Widerbeklagten Geisler.

neuen Johann Wolf zu vernehmen, der aus seiner früheren Tätigkeit in der christlichen Bewegung befunden werde, daß die Methode des Mitgliederübertriebens von dort gekommen und übernommen sei.

Mehrere Gewerkschaftsvertreter befanden sodann, daß in verflechter Form von den Gelben Verbänden Unterstüfungen durch Unternehmer angenommen worden seien.

Schlichter Georg Borchardt von der Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaft befandete, daß bei allen Organisationen, die eine Ehre daran setzen, sich Gewerkschaft zu nennen, Praktiken, wie sie von den Gelben Verbänden angewendet worden wären, nie gebilligt wurden.

Nachdem die Parteioberleiter längere Reden gehalten hatten, kam das Amtsgericht zu einer Freisprechung sowohl des Angeklagten Zimmermann als auch des Widerbeklagten Geisler.

den erworbenen Rechten eines fremden Staats in irgendeiner Weise zu nahe getreten wird, ohne daß auch nur ein einziger der davon unmittelbar beruhigten Staatsbürger dagegen protestiert, ohne daß die allergeringste Kriegsgefahr hervorgerufen wird. Voraussetzung dafür ist freilich das Verständnis und Einverständnis der von dieser Angelegenheit mittelbar betroffenen Nachbarstaaten.

Am dieses Verständnis und Einverständnis ringen wir. Wir tun es in der Überzeugung, daß es kein besseres Mittel gibt, um die geistige Abrüstung in Deutschland herbeizuführen, als die Aufhebung des Anspruchsverbots. Wir begrüßen jedes Streben, das darauf gerichtet ist, durch ein System von Garantiepaktien die Verhältnisse Europas zu stabilisieren. Aber wenn man von Deutschland und Österreich verlangen würde, sie sollten einander ihr Gebiet garantieren, so wäre das nichts anderes als ein schlechter Witz. Denn Österreich will ja gar nicht sein Gebiet garantiert haben, es verlangt vielmehr das Recht, sein Gebiet mit dem der deutschen Republik vereinigen zu dürfen.

Das hohe Ziel „Frieden durch Recht“ wird nicht so bald ganz zu erreichen sein. Einen Rest, zu tragen peinlich, wird es wohl immer geben, und man wird ihn tragen müssen, denn der Versuch, ihn durch Krieg wegzuräumen, ist das kirchbarste Unrecht, das es überhaupt gibt. Im Fall Deutschland-Österreich kann das Problem des „Friedens durch Recht“ rein, ohne Rest und ohne Krieg oder Kriegsgefahr gelöst werden, wenn Europa nur will. Niemand verliert dabei, aber die Republik gewinnt, der Friede gewinnt, und also gewinnen alle!

Kutiskers Wohnungszweckung.

Ein Beitrag zur deutschnationalen Heuchelei.

Der Preussische Untersuchungsausschuß über die Kreditaffären zieht es weiter vor, sich durch die Art seiner Verhandlungsführung um jedes Ansehen zu bringen. Gestern nachmittag hat er stundenlang über die bereits längst geklärte Frage, wie Kutisker in Wilmersdorf zu einer Wohnung kommen konnte, verhandelt. Kutisker hat seine Wohnung in Wilmersdorf im Jahre 1920 dadurch erhalten, daß er von einer adligen Dame diese Wohnung käuflich erwarb. Gleichzeitig erwarb er von einem Major a. D. das Haus, in dem diese Wohnung sich befand. Beide die adlige Dame und der Herr Major, sind seiner Sozialdemokratie gewesen. Der Kauf konnte nur perfekt werden, weil Kutisker dem Wohnungsamt Wilmersdorf erklärte, er tausche die von ihm in Wirklichkeit erworbene Wohnung gegen seine bisherige Wohnung in Charlottenburg ein. Das Wohnungsamt der damaligen Stadt Wilmersdorf, die Berlin gegenüber noch selbstständig war (das Geseß Groß-Berlin war noch nicht verabschiedet, geschweige denn ein Berliner Magistrat gebildet) hat es damals offenbar nicht für notwendig gehalten, die Angaben Kutiskers genau nachzufragen. Sondern falls die Verantwortung für die Zuweisung der in Wilmersdorf gelegenen Wohnung an Kutisker dem Magistrat der damaligen Stadt Wilmersdorf, es ist uns nicht bekannt, daß in diesem Magistrat auch nur ein Sozialdemokrat gefesselt hätte, oder daß das Wohnungsamt Wilmersdorf von einem Sozialdemokraten geleitet gewesen wäre. Unter den Akten befindet sich jedenfalls eine ordnungsgemäß aufgestellte, polizeiliche Anmeldung des Kutiskers nach Wilmersdorf, die nach den damaligen Bestimmungen nur ausgestellt werden durfte, wenn das zuständige, in diesem Falle also das selbständige Wilmersdorfer Wohnungsamt, seine Zustimmung erteilt hatte.

Erst nach Jahr und Tag, nachdem Kutisker jahrelang in dieser durch eine offenkundige Schlamerei des Wilmersdorfer Wohnungsamtes ihm zugewiesenen Wohnung gelebt hatte, ist die ganze Streitfrage anlässlich einer Revision wieder aufgerollt worden. Hier erst hat nach endlosen gerichtlichen Verhandlungen der zentrale Groß-Berliner Wohnungsausschuß

aus Gründen, die nicht nur für diesen Fall, sondern für Duzende von anderen Fällen galten, die Entscheidung getroffen, daß diese frühere Wohnungszuweisung nach drei Jahren nicht mehr rückgängig gemacht werden könne. Bezeichnend ist, daß der Referent für diese Angelegenheit, der Magistratsrat Dr. Hauptmann, erst durch die Presse erfahren hat, daß er auch diese Angelegenheit seinerzeit bearbeitet hatte.

Der Sachverhalt ist also vollkommen klar. Wenn von einer Verantwortung die Rede sein kann, dann trifft sie Kreise, die sicher nicht der Sozialdemokratie nahe stehen, sie trifft jene adlige Dame, die dem „Ostjuden“ ihre Wohnung verkaufte, sie trifft den Herrn Major, der sein Haus an den „Ostjuden“ verkaufte, ohne die Angaben nachzuprüfen, sie trifft den sicher nicht sozialdemokratischen Wilmersdorfer Magistrat, in dessen Geschäftsbereich diese Wohnungszuweisung aus dem Jahre 1919 fällt. Die deutschnationalen Agitation kündigt sich selbstverständlich um diese Dinge nicht. Der rühmlichst bekannte Pfarrer Koch brachte es nach der Klärung dieser Dinge in der Berliner Stadterordnetenversammlung fertig, sie zu einer neuen Hezrede gegen die Sozialdemokratie zu benutzen. Und nach der Melodie, die dieser Demagoge im Berliner Rathaus spielt, wird die Hezrede im ganzen Land betrieben.

Die Sozialdemokratie werden die Deutschnationalen mit dieser verlogenen Heuchelei nicht über den Haufen rennen. Im Gegenteil, der hemmungslos und überhitzte Eifer, mit dem sie ihre Verleumdungskampagne betreiben, beginnt die gegenteilige Wirkung auszuüben. Der Untersuchungsausschuß sollte sich aber wirklich die Frage vorlegen, ob es nicht endlich an der Zeit wäre, die eigentlichen Fragen zu klären, zu deren Untersuchung er eingesetzt ist. Vielleicht würde man doch nach einigen Monaten erfahren, was nun eigentlich gegen die Vermaats vorliegt und wie die Kredite an sie zustande gekommen sind. Das ist wirklich von Interesse und von Wichtigkeit, und auch die Frage der Verantwortung für die Kreditaffären könnte dann etwas zuverlässiger geklärt werden, als wenn man lächerlichen Burkaufschuß aus dem Jahre 1919 zusammenträgt.

Die Kommunisten schwenken um.

Koenen und die Steuerfragen.

In dem verlassenen Reichstag lehnten die Kommunisten grundsätzlich jede praktische Arbeit für die Arbeiterklasse ab und verlegten sich auf den Kadaver. Da sie mit dieser Taktik schlechte Geschäfte gemacht haben, betragen sie sich jetzt halbwegs respektvoll und versuchen den Anschein zu erwecken, als wenn die Arbeiterklasse von ihnen Vorteile zu erwarten haben würde.

Auf keinem Gebiet ist der Umschwung so deutlich und so sichtbar, aber auch so grotesk wie auf dem Steuergebiet. Als im August 1924 das Industrieertragsgesetz, das den industriellen Unternehmern eine jährliche Zahlung von 300 Millionen Goldmark auferlegt, beraten wurde, jammerte der große Koenen über die unerträgliche Belastung, die damit dem Volk zugewälzt werde. Kein Wunder, daß Herr Koenen für diese kapitalistische Auffassung das Lob der schwerindustriellen Vertreter einheimste, für die Dr. Becker-Hessen ihr ausdrücklich dankte.

Der alte Koenen, der also noch vor wenigen Monaten gegen die Besteuerung murrte, schreibt jetzt in der „Roten Fahne“ Artikel für Besteuerer. Wir freuen uns dieser Wandlung, die so weder seine erste noch seine letzte ist. Sie zeigt aber, daß selbst ein so geistlos kopf wie Koenen unter Umständen zur Abkehr von seinen Feindern zu bewegen ist. Da er aber bei seiner angeborenen Bescheidenheit natürlich behauptet die Sozialdemokratie sei an allen Steuerlasten der Arbeiterklasse schuld und nur die Kommunisten führten den Kampf gegen die übermäßige Belastung der Arbeiterklasse, so sei folgende Tatsache der Vergessenheit entrissen: Auf einer Berliner Konferenz im Oktober erklärte Ruth Fischer:

Durch das neue Verfahren ist aber nicht nur die Geschlechtsausgabe der Embryonen möglich, weil wichtigere Dinge werden berührt. Die Erkennung eintretender Paralyse, die Feststellung, ob eine Frau sich in den Wechseljahren befindet, der Nachweis vererbten Fleisches ist möglich. In der Hauptsache aber ein Problem, das alle Menschen interessiert: die Erkennbarkeit des Krebses! Die Diagnose zu dieser Erkrankung ist nicht nur erleichtert, die alte Wäre von der Unheilbarkeit dieser schrecklichsten Krankheit ist dahin. Wird Krebs frühzeitig entdeckt, dann ist er zu heilen, und mit der Selbstheilung Methode ist er im frühesten Stadium nachzuweisen. Dies ist wohl das Wertvollste des neuen Verfahrens.

Zum Schluß bemerkte der Vortragende noch, daß das Verfahren durchaus nicht abgeschlossen, sondern noch weiter auszubauen sei und daß er hoffe, durch weitere Untersuchung des Lebensstoffes neue Einblicke in die Lebensweise des Menschen zu tun und noch manche bisher verschwommenen Begriffe präzisieren zu können.

Tanzfeier der Labanschen Bewegungschöre.

Die unter Leitung von Hertha Feist stehenden „Berliner Bewegungschöre Laban“ wollen keine Tanzübungen sein, sondern „durchgeistigte Gymnastik“ pflegen. Ihre Mitglieder sind nicht Berufstänzer, sondern Laien, die im Tanz nicht nur ihre Unterhaltung, sondern auch ihre geistige Erziehung, sondern in ihren Übungen, Feiern und Aufführungen an der lebendigen Kraft der Tanzfreunde teil haben wollen.

Die „Erste Tanzfeier“ der Bewegungschöre im Blüthner-Saal brachte neben einem Kinderkonzert und einem Gruppenkonzert der Ausbildungsstufe, bei dem die suggestiven Geräuschmusik fast stärker wirkte als das tänzerische, fünf Szenen aus Labans Bewegungschören. Ueber alles Lob erhaben die Kompositionen mit ihrem bewundernswerten Reichtum an tänzerischen Motiven. Und zwar an Motiven, deren Gestaltung geringste Ansprüche an technische Gewandtheit und Akkuratheit stellt. Am schönsten in der „Lichtende“ der Rosenwälder aufwärts gestreckter Beine und Arme und das Raffinement im Wechsel der Gruppierungen. Alles für Laien erdacht und von Laien wirksam gestaltet. So größere Nuancenfülle vorhanden, wie im Vorspiel zum „Prometheus“, lam das Feinste und Tiefste nicht zur rechten Geltung, blieb vieles farblos, monoton. Auch die wechselnde Rhythmik des Laufes, an sich praktisch als Komposition, trat in den „Dämmernden Rhythmen“ nicht klar und eindrucksvoll zutage. Für die figurativen Szenen, vor allem aus „Agamemnon's Tod“, war die Bühne zu klein. Die Überlegungen wurden nicht deutlich, es gab oft ein wirres Durcheinander.

Das Genie des großen Tanzdichters Laban feierte Triumphe. Ob dem tanzen den Laien Gelegenheit zum körperlich-geistigen Sichausleben gegeben ward, erachtet man zweifelhaft. Die Bewegungschöre, die Julia Klant aus den Reihen der Groß-Berliner Freien Turnerschaft gebildet hat, entwickeln ihre Rhythmen aus den typischen Bewegungsformen des modernen Arbeiters. Hier sehen wir die charakteristischen Schwünge der Laban-Schule, mit feinstem Takt auf wenige Grundelemente reduziert, von gelehrigen Laien ausgeübt. Nicht Eigenes aus dem Wesen des Tanzdichters herausgeholt, son-

„Wenn man ein positives Steuerprogramm vor schlägt, zeigt man nicht der Revolution, der proletarischen Diktatur einen Weg, sondern man nimmt eine Verbesserung der Geschäfte des Kapitalismus vor durch die gerechtere Verteilung der Steuern.“

Auf Grund dieses Unsinns beschloß man damals, von jedem Steuerprogramm abzusehen und überließ die Vertretung der Arbeiterinteressen der Sozialdemokratie, die sich dafür natürlich von den Koenen und Konforten beschimpfen lassen muß!

Die ganz Reinen —

Der Zerfall der KPD.

Aus Halle wird uns geschrieben:

„Die Kampftrakt der KPD wächst von Tag zu Tag“ — so schreiben die Rubelblätter jeden Tag gellend in die Welt hinaus. Wie es mit dem Wachstum dieser Kampftrakt wirklich steht, zeigt ein Blick in das rote Herz der KPD, ein Blick auf die Zustände in Halle, das bekanntlich lange Zeit eine Hochburg der KPD war. Dort existiert eine sogenannte „Produktionsgenossenschaft“, ein KPD-Institut, das kommunistische Literatur produziert. Das Unternehmen umfaßt einmal 10 000 Mitglieder — es war einmal!

Die Herrlichkeit der Genossenschaft nahm eines Tages ein jähes Ende. Die roten Kämpen hatten einmal in wild durchgehender Nacht nicht mehr den Nachhauseweg gefunden. Darob furchtbare Aufregung bei ihren Frauen und Alarmierung der — jawohl, der Polizei! Verschleppung von Kommunisten durch deutsch-nationale Spitzel? War da ein furchtbares Verbrechen verübt worden? Wo! Die Kriminalpolizei wachte sofort Bescheid. Ein paar ihrer Greifer holten die betrunkenen Helden aus einer bekannten Freudengasse in Halle, und führten sie ihren verängstigten Frauen wieder zu.

Die Stamierten wurden natürlich schnellst in die Wüste geschickt, ihre Kosten wurden von alkoholiseren Männern bezahlt. Mit der „Produktionsgenossenschaft“, die schon lange ins Ruin gekommen war, ging es aber rasend bergab. Von den 10 000 Mitgliedern sind 20 übriggeblieben. Die angelegte große „Reinigung“ sollte der Zentrale dazu dienen, ihr ergebene willenslose Werkzeuge in der „Produktionsgenossenschaft“ und auch sonst in Halle ans Ruder zu bringen. Es wurde von den alten überzeugten Parteimitgliedern einer nach dem andern abgesetzt. Allein die Zentrale hat sich die Sache etwas zu leicht vorgestellt. Es triselt und kracht in der Halleischen KPD. Alle Auseinandersetzungen zwischen der Zentrale und den Neuterern vergrößerten bisher nur das Uebel. Die Zentrale fiel mit ihren Resolutionen durch.

Die Rebellion in der Hochburg der KPD ist da. Standal, Krach und Auflösung bei den Rostowitern, während unterdessen die sozialdemokratischen Arbeiter in Halle sich neu sammeln, stärken und drauf und dran sind, Halle wieder zu einer wirklichen roten Hochburg, zu einem Turm der Sozialdemokratie zu machen.

Isaak Barmat aus der Haft entlassen.

Ein Kammergerichtsbeschuß.

Die BS-Korrespondenz teilt mit:

Wie wir erfahren, ist am gestrigen Dienstagmorgen um 6 Uhr der 21-jährige Student der Handelshochschule in Wien, Isaak Barmat, auf Beschuß des Kammergerichts aus der Haft entlassen worden.

Belanisch hatte die Staatsanwaltschaft den von den Rechtsanwältin gestellten Haftentlassungsantrag Isaak Barmats abgelehnt. Die Vertreter wandten sich nun, nachdem auch die Strafammer die Entlassung abgelehnt hatte, mit einer ausführlichen Beschwerde an das Kammergericht. In dieser Beschwerde wurde ausgeführt, daß Isaak Barmat mit den Gefängnis seiner Brüder, besonders aber den des Amegina-Konzerns niemals etwas zu tun gehabt habe, daß er als Student der Handelshochschule in Wien lebt und zurzeit der Vorbereitung lebhaft nach Berlin gekommen sei, um die Weihnachtserferien in Kreise seiner Brüder zu verbringen. J. Barmat habe auch mit der Staatsbank oder sonstigen Kreditgesellschaften niemals etwas zu tun gehabt. Das Kammergericht erkannte die von der Verteidigung vorgebrachten Gründe der Haftbeschwerde als stichhaltig an und verurteilte am gestrigen Dienstagmorgen um 5 Uhr die Entlassung des Inhaftierten.

Knabe oder Mädchen?

Die Erkennbarkeit des Geschlechts.

Auf Einladung der Berliner Gesellschaft für Sexualwissenschaft sprach der Professor an der Universität Halle, Dr. Sellheim, über „Bestimmung des Geschlechts des im Mutterleib getragenen Kindes“.

Die Untersuchung des Blutes und Erkennung der mit und in ihm vorgehenden Veränderungen ist eine der wichtigsten Aufgaben der Medizin. Wenn eine Umorganisation im menschlichen Körper vor sich geht, wozu auch die Neubildung eines Kindes gehört, dann gehen im Blut Veränderungen vor sich, eigenartige Stoffe, sogenannte Spaltprodukte, entstehen, die aus dem sonstigen Organismus herausfallen. Diese Produkte können wir heute nachweisen. Abderhalden war der erste, der diesen Nachweis führte, durch die sogenannte Abderhaldensche Reaktion. Der Vortragende ging eingehend auf dieses Verfahren ein, das bereits bekannt ist und bei dem durch das Dialysierverfahren das Blutserum positiv (männlich) oder negativ (weiblich) ausfällt, das heißt, sich blau färbt oder farblos bleibt, wodurch bei einer schwangeren Frau nachgewiesen werden kann, welchen Geschlechts das zu erwartende Kind ist.

Abderhalden hatte bei seinen Versuchen eine Wahrscheinlichkeit von 78 Proz. erzielt, das System wies aber manche Fehler auf, auch war der Prozentfuß der Genauigkeit zu gering, und so hatte man die Abderhaldensche Reaktion langsam begraben wollen, aber nun soll sie zu neuem Leben erweckt, ja sogar vervollkommen werden. Dies ist den beiden Mitrednern von Prof. Sellheim, Dr. Gähde und von Herz, durch die Alkoholreaktion gelungen. Sie legten dem Serumsubstanzgemisch überoxydierenden Alkohol bei, wodurch die zur Erkenntnis unbrauchbaren Eiweißstoffe ausgeschieden werden, während die sämtlichen Spaltprodukte in Lösung ausgehen. In selbststarker Weise bezeichnet der Vortragende die Tat seiner beiden Assistenten als ein Ei des Kolumbus! Die Abderhaldensche Reaktion ist vereinfacht und verfeinert, und nun kann man hoffen, unendlich mehr zu leisten. Auch die Untersuchung selbst dauert nur 12 statt 24 Stunden wie bei Abderhalden, was bei Fällen, in denen Todesgefahr besteht, von weittragender Bedeutung ist. Statt 78 Proz. kann man jetzt mit 99 Proz. Wahrscheinlichkeit rechnen, also mit absoluter Präzision.

Das uralte Problem der Voraussetzung des Geschlechts bei neugeborenen Kindern wird dadurch neuen Zielen entgegengeführt. Die Mutter-Kind-Beziehungen konnte man von jeher, die Kind-Mutter-Beziehungen aber sind neu. Die Geschlechtsstelle eines männlichen Kindes sind ein Fremdkörper im Mutterleib und lösen daher eine Reaktion, die sogenannte Hohenreaktion, aus. Bei geschlechtsunterschiedenen Zwillingen kämpfen beide Embryonen um die Vorrangschafft, meist siegt der männliche, ist aber der weibliche stärker, dann wird der Knabe ein Weibchen, oft mit femininem Einschlag. Bei einer schwangeren Frauen alle in der Umgebung des Kindes liegenden Organismen der Mutter, bei der eine Verjüngung eintritt. Interessant ist auch die Entdeckung, daß ein Mann nicht ein Mann wird, weil er Hohen trägt, sondern weil der Gesamtorganismus des Kindes männliche Tendenz besitzt.

dem Fremdes in ihn hineingearbeitet. Also doch — dem Programm widersprechend — Verwandlung der eigenen Persönlichkeit.

Das Ganze als Experiment auch deshalb interessant, weil die Einübung der Chöre nach Aufzeichnungen in Labanscher Tanzschrift stattgefunden hat. Ein Beweis für die oft angezeigte Ueberragbarkeit des modernen Tanzes. — John Schifowski.

„Sven Hedin, der Mann und das Werk“. Ueber einen weltberühmt gewordenen Studienoffenen zu sprechen, mit dem einen Bande der Freundschaft verknüpft ist eine angenehme Aufgabe, die Herrn Prof. Dr. Georg Wegener von der Urania gestellt wurde. Der Redner wies darauf hin, daß Sven Hedin sich 1914 rühmte und offen auf Deutschlands Seite stellte. Dann bekundete er aus seinen persönlichen Erinnerungen, daß Sven Hedin stets von der Gerechtigkeit der deutschen Sache überzeugt war, die Gefahr, die vom slavischen Osten drohte, erkannte und noch 1918, bei Beginn der großen Offensive schrieb: „So, jetzt ist es eine Lust zu leben.“ Ich muß doch die Katastrophe der Entente erleben.“ Ferner erfuhr man, der Forscher verzweifle an der gegenwärtig führenden Generation in Deutschland und siehe sie fallen, er vertraue aber der deutschen (offenbar der akademischen) Jugend. Man fürchtete tatsächlich schon, man würde weiter nichts als höchst unerbetene innerpolitische Ratschläge bekommen, als der Vortragende sich daran erinnerte, daß Sven Hedin nicht nur als Deutschfreund, sondern auch noch als Gelehrter zu würdigen war. Eindringend sprach er sodann von dem Entdeckungswesen, der in Berlin Geographie studierte und den deutschen Doktorgrad erwarb. Durch seine innerwissenschaftliche Forschungstätigkeit sieht Sven Hedin in der ersten Reihe der Entdeckungswissenschaften. In leicht verständlicher und interessant erklärender Form sprach der Vortragende, durch vorzüglich ausgewähltes Bildmaterial unterstützt, von der Lösung des Lop-nor-Problems (Sven Hedin wies nach, daß der Tarim seinen Lauf geändert hat) der Zwischenkultur China und dem Wesen, der Tibetforschung, der Entdeckung des Transhimalaja-Gebirges sowie der Quellen des Indus und des Brahmaputra. Der jetzt 60jährige Sven Hedin ist eine außerordentlich fleißige Begabung, ein Wissenschaftler allerersten Ranges, ein Schriftsteller von hinreichender Darstellungskraft und ein Zeichner von erstaunlichem Schwung und hoher Genauigkeit. Und — was uns Sozialisten erfreuen kann — viele seiner Bücher sind Gemeingut weiter Kreise geworden. — e. b.

„Spielplandebereit“. In der Staatsoper wird heute wegen Erkrankung der Frau Jurgenlova-Bail „Cosi fan tutte“, der Barbiere von Bagdad“ gegeben. Anfang 17. Uhr. — Callier-Theater. Anlaß technischer Schwierigkeiten muß die heutige Premiere von „Romeo und Julia“ verschoben werden. Die gelbsten Karten behalten ihre Gültigkeit.

Die Operette im Theater des Weizens wird unter der Direktion Koller fortgeführt, da vorläufige polizeiliche Spielverbot nicht erteilt ist.

„Die Laster-Schüler“ hielt am Freitag eigene Gedächtnisfeier im Kaiser-Saal. Kluge Goldmann kam auf 10. In Schweden, etwa 50 km von Stockholm, ist ein mächtiges Goldvorkommen von unberechenbarem Wert erschlossen worden. Die geologische Erkundung des Lagererfolgte durch deutsche und englische Geologen, u. a. durch Professor Krill von Berlin. Die Proben ergaben einen Durchschnittsgehalt von etwa 18 bis 20 Gramm pro Tonne. Zur Ausbeutung des Lagererfolgte durch den russischen Aristokraten in Amherst unter Beteiligung schweizerischer und deutscher Kapitalisten gegründet worden.

Gewerkschaftsbewegung

Gegen die Geldschieber.

Eine Entschlüsselung des AFA-Bundes.

Der Ausschuss des AFA-Bundes (Allgemeiner freier Angestelltenbundes) trat gestern im Industrieamt, Berlin, zu einer Tagung zusammen, die außerordentlich stark besucht war. Neben den angeschlossenen Verbänden nahmen die kartellierten Gewerkschaftsbünde der Arbeiter und Beamten durch ihre Vorsitzenden Seipart und Falkenberg und eine Reihe weiterer Vertreter an den Beratungen teil.

Für das Preisrichterkollegium berichtete zunächst Buchmann über die abgeschlossene Prüfung der eingegangenen Arbeiten zum Tarifvertragswesen. Es wurden dem Bundesvorstand bestimmte Vorschläge für die Preisströmung der fünf besten Arbeiten unterbreitet. Der Rechnungsbericht für das Jahr 1924 und der Kostenvoranschlag für das Jahr 1925 wurden nach Bericht-erstattung genehmigt, dem Vorstand auf Antrag des Revisors Konoroh Entlastung erteilt. Der Ausschuss befahl sich alsdann mit den Änderungen zu den Satzungen, wie sie dem im Juni d. J. tagenden Kongress in Vorschlag gebracht werden sollen. Es handelt sich dabei im wesentlichen um den organisatorischen Ausbau der Ortskartelle und der Bezirkskartelle. Den Hauptpunkt der Ausschussberatung bildete die Kreditgebungs- und der Angestelltenversicherung, die bereits in den letzten Wochen Gegenstand lebhafter Erörterungen in der Tagespresse gewesen ist. Der Vorsitzende, Reichstagsabgeordneter Aufhäuser, berichtete über das außerordentlich gehäufte vorliegende Material und die bisher zur Klärung der Angelegenheit mit dem Reichsarbeitsministerium geführten direkten Verhandlungen. Im Anschluss an den Bericht und eine eingehende, teils sehr bewegte Debatte, gelangte folgender Beschluss einstimmig zur Annahme:

Der am 24. Februar 1925 tagende AFA-Bundesauschuss hat über die Mißstände im Kreditverkehr der Angestelltenversicherung den ausführlichen mit einwandfreiem Material belegten Bericht des Bundesvorstandes entgegengenommen, aus dem besonders hervorgehoben ist, daß bei der Beilegung praktischer Unternehmungen zahlreich und nicht immer einwandfreie Geldvermittler einen ungünstigen Einfluß auf die Auszahlung der zu berücksichtigenden Kreditnehmer ausüben, während andererseits soziale Gesichtspunkte hinsichtlich der Betriebsverhältnisse völlig unberücksichtigt geblieben sind. Aber auch die Kommunen mußten sich vielfach förmlich durch eine Kette von Agenten hindurchwinden, während ihre direkten Anfragen an die Reichsversicherungsanstalt bürokratisch und abschneidend beantwortet wurden. Es wird als ein Teilerfolg der vom AFA-Bund vorgenommenen Aktion festgesetzt, daß das ausschließliche Reichsarbeitsministerium Anfang Februar dieses Jahres als Zwischenlösung der Reichsversicherungsanstalt die bestimmte Erwartung ausgesprochen hat,

daß für die Anstalt der Geldvermittlung aller Geldgeheimnisse, insbesondere auch der abgehenden Beamten bis auf weiteres ruht.

Gegen die gewerkschaftlichen Geldvermittler hat offenbar das Arbeitsministerium nichts einzuwenden. — Im übrigen will das AFA nach seiner Erklärung das zur Wahrung seines Aufsichtrechtes Erforderliche angeordnet haben. Eine beruhigende Erklärung des Direktors der Anstalt selbst ist bis zum heutigen Tage nicht erfolgt, obwohl die Angelegenheit alle beteiligten Kreise schon seit über 7 Wochen beschäftigt. Der AFA-Bundesauschuss erachtet die erwähnten Maßnahmen des AFA für ungenügend, und er verlangt insbesondere eine eingehende Untersuchung des Kreditgebens der AFA für die zurückliegende Zeit ab Oktober 1923. Er spricht sein Bedauern darüber aus, daß das Reichsarbeitsministerium seit Beginn des Krankheitsurlaubes des Herrn Reichsarbeitsministers Dr. Brauns dem AFA-Bund auf eine Reihe ganz präzis gestellter Fragen Auskunft nicht mehr erteilt hat, obwohl ihm in vorausgegangen mündlichen Verhandlungen bestimmte Zusagen auf Auskunftserstellung gemacht worden waren. Der Bundesauschuss erklärt sich mit dem bisherigen Vorgehen des Bundesvorstandes und mit den von ihm heute vorgeschlagenen Maßnahmen voll und ganz einverstanden. Er weist die von gewerkschaftlichen Verbänden, insbesondere vom Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband gemachte Unterstellung, als könnten agitatorische Gesichtspunkte für das Vorgehen des AFA-Bundes mit maßgebend gewesen sein, unter schärfster Verwarnung zurück. Der AFA-Bund fordert alle Angestellten ohne Unterschied der Richtung auf, den Kampf für die Ausmerzungen der Geldschieber rücksichtslos aufzunehmen und für eine Reorganisation der Vermögensanlage der Angestelltenversicherung einzutreten, die mit dem Grundgedanken der Sozialversicherung in Einklang gebracht werden kann.

Ueber die Errichtung einer Volkswirtschaftlichen Abteilung berichtete das Vorstandsmitglied Ing. Schweitzer. Der Bundesvorstand wurde beauftragt, sich alsbald mit den Vorbereitungen für die Errichtung des volkswirtschaftlichen Referats zu befassen.

Rundgebung der Bankeingestellten.

Tausende von Bankbeamten sind dem Rufe ihrer Organisationen, des Allgemeinen Verbandes der Bankeingestellten und des Reichsverbandes der Bankeingestellten, zu der gestrigen Versammlung, die im Kriegervereinshaus in der Chausseestraße stattfand, gefolgt. Der Reichsverband der Bankbeamten hat, wie bekannt, sich mit dem Allgemeinen Verband verschmolzen. Als erster Redner sprach der Leiter der österreichischen Bankeingestelltenorganisation Genosse Hina, der darlegte, welche Erfolge die Einheitsorganisation in dem Kampf um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in Oesterreich gehabt habe. Die Schwierigkeiten in den Verhandlungen ergeben sich stets daraus, daß die österreichischen Bankeingestellten stets auf das Beispiel Deutschlands hinweisen, wo die Bankbeamten mit einer 54stündigen Arbeitszeit und sehr ungünstigen Lebensbedingungen arbeiten. Bisher seien alle Versuche, diese verschlechterten Lohn- und Arbeitsbedingungen auch nach Oesterreich zu verpflanzen, an dem Widerstand der Einheitsorganisation in Oesterreich gescheitert. Alle Versuche, die von deutscher Bankeingestellten, von der christlichen und deutschnationalen Seite gemacht worden sind, auch für ihre Organisationen Anhänger zu werben, haben vergeblich Abfuhr erhalten.

Von den Führern der deutschen Bankbeamten Marx, Emons, Dr. Greinz und anderen wurde dargelegt, daß die Einheitsorganisation, die jetzt durch den Zusammenschluß von Reichsverband und Allgemeinem Verband im Werden begriffen ist, nichts bedeute, wenn der gute Wille der Organisationsleiter nicht durch tat-

kräftiges Wirken der Bankbeamten selbst in ihren Betrieben unterstützt werde. Die Bankbeamten müßten dafür sorgen, daß alle Kollegen der Einheitsorganisation beitreten und daß die Kartellorganisierten zu dieser Einheitsorganisation hinüberkämen. Die Zeit sei jetzt besonders günstig, weil im Bankgeschäft sich wieder die ersten Spuren eines Wiederaufstiegs bemerkbar machen. Der Bankbeamtenstand leide besonders darunter, daß in ihm zum Teil Elemente seien, die nicht das nötige Rückgrat befähigen. Eine entsprechende Resolution gelangte einstimmig zur Annahme. Die Versammlung hatte einen unbefriedigenden Erfolg.

Kommunistische Niederlage im Holzarbeiterverband.

Die diesjährigen Delegiertenwahlen zur Generalversammlung des Deutschen Holzarbeiterverbandes brachten einen überwältigenden Sieg für die SPD. Während im vergangenen Jahre die Kommunisten noch über 200 Stimmen mehr erhalten hatten, sind sie in diesem Jahre mit nicht weniger als 2350 Stimmen in der Minderheit geblieben. Im vergangenen Jahre hatten die Kommunisten 6260 Stimmen und die SPD. 6030. In diesem Jahre erhielten die Kommunisten 4650 und die SPD. 7031 Stimmen. Die Kommunisten sind in allen Bezirken, in denen sie bisher die Branchenleitung inne hatten, unterlegen. Die SPD. wird auf der Generalversammlung eine große Mehrheit haben.

Konflikt in der Berliner Metallindustrie.

Streik der Maschinisten und Heizer.

Wohl in keiner Industrie sind die Lohnverhältnisse so verworren, wie in der Metallindustrie. Nachdem es im März vergangenen Jahres in der Berliner Metallindustrie zu einem für die Gewerkschaften annehmbaren Lohnabkommen nicht mehr kam, gelang es einzelnen Gruppen von Arbeitern, indem sie betriebsweise vorgingen, Lohnzulagen zu erzielen. Die ungelerten und angelernten Arbeiter gingen zum Teil leer aus. Zurzeit werden in der Metallindustrie für über 21 Jahre alte Arbeiter Löhne von 0,50 bis 1,50 M. für die Stunde gezahlt.

Für die Maschinisten und Heizer der gesamten Metallindustrie gab der Arbeitgeberverband Richtlinien an seine Mitglieder heraus, in denen sie angewiesen wurden, pro Stunde einen Lohn von 62 bis 67 Pfennigen je nach den Leistungen zu zahlen. Die im Zentralverband der Maschinisten und Heizer organisierten Arbeiter nahmen zu diesem einseitigen Diktat Stellung und beauftragten ihre Organisationen durch das Metallartell an den BBR die Forderung zu stellen, den Lohn auf 75 Pf. für die Stunde festzusetzen, besonders da in einigen Betrieben dieser Satz schon gezahlt wird. Der BBR lehnte aber eine Verhandlung mit der Begründung ab, daß es nach seiner Ansicht unmöglich sei, in der Metallindustrie für jede Gruppe einen Lohnvertrag abzuschließen. Dieser Ansicht schloß sich auch der Schlichtungsausschuss, der am 17. Februar d. J. in diesem Streitfall zu entscheiden hatte, in seiner Mehrheit an. Der Schlichtungsausschuss hat sich damit seine Arbeit wirklich leicht gemacht. Im Schiedsspruch heißt es einfach: „Solange ein Lohnabkommen für die Klassen 1 bis 3 nicht besteht, ist es Sache der Firmen, die Löhne der Maschinisten und Heizer durch Einzelverträge festzusetzen.“

Eine vom Zentralverband der Maschinisten und Heizer einberufene und gut besuchte Versammlung nahm Stellung zu diesem Schiedsspruch und beschloß, durch die Betriebsräte die Forderung erneut in den einzelnen Betrieben zu stellen. Ohne Ausnahme wurden auch diesmal die Wünsche der Maschinisten und Heizer abgelehnt mit der Begründung, daß man auf keinen Fall über die Richtlinien des BBR hinausgehen könne. Vor dem Schlichtungsausschuss hatte aber der Vertreter des BBR, Rechtsanwalt Oppenheim, erklärt, daß es dem Arbeitgeber freigestellt sei, mehr zu zahlen, sobald es die wirtschaftlichen Verhältnisse des Betriebes gestatten. Eine gegenseitige Anweisung sei vom BBR nicht erzwungen. Die Arbeitgeber behaupten aber das Gegenteil. Auf welcher Seite liegt nun hier die Wahrheit? Die Maschinisten und Heizer sind nicht gewillt, sich ein solches Doppelspiel gefallen zu lassen.

Die Folge ist nun, daß in den großen Betrieben der Metallindustrie die Maschinisten und Heizer beschloßen, die Arbeit mit Zustimmung der Organisation niederzulegen. In der AEG, Hennigsdorf ist schon der Anfang gemacht worden; andere Betriebe werden folgen, wenn nicht noch in letzter Stunde eingegriffen wird. Berlin steht wieder einmal am Vorabend einer großen Bewegung. In Hennigsdorf sind jetzt schon weit über 1000 Arbeiter durch den gerechten Kampf der Maschinisten und Heizer in Mitleidenschaft gezogen worden.

Arbeiter, unterstützt diese Bewegung, übt Solidarität. Ehrenpflicht eines jeden Arbeiters ist es, dort keine Arbeit anzunehmen, wo Maschinisten und Heizer streiken. Der Kampf der Maschinisten und Heizer in der Metallindustrie ist auch euer Kampf.

Ein unvollständig veröffentlichter Antrag.

Die Berliner „Stapfa“ nimmt auf ihre Art Stellung zu den Bakförperversammlungen, die in der laufenden Woche der Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Ortsgruppe Berlin, vorausgehen. Ein gewisser Holzmann, der in der Metallarbeiterbewegung Berlins ein großer Unbekannter ist, veröffentlicht einen Antrag zur Generalversammlung, der verlangt, die Metallarbeiter, die dem Reichsbanner angehören und sich weigern, aus ihm auszutreten, aus dem Deutschen Metallarbeiterverband auszuschließen.

Wie wir durch die Tische erfahren, ist dieser Antrag unvollständig abgedruckt. Es heißt in dem Antrag noch weiter, daß alle Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes obligatorisch dem roten Frontkämpferbund angehören müssen, und daß die Mitglieder der Tische, die gegenwärtig in Leipzig vor Gericht stehen, zu Ehrenmitgliedern des DVA zu ernennen sind.

Bezirksstagung der Lebensmittel- und Getränkearbeiter.

Im Gewerkschaftshaus tagte am Sonntag eine Konferenz der Ortsvorsitzenden aus dem Bezirk Brandenburg des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter. Nach einem Referat der Regierungsrätin Genossin Trapp über „Gewerkschaften“ sprach der Verbandsvorsitzende Genosse Bader über „Die Entmündigung der Gewerkschaften, besonders des veranfallenden Verbandes“. Nach einem historischen Ueberblick konnte der Redner feststellen, daß sich auch im Lebensmittel- und Getränkearbeiterverband die Erfahrung bewährt hat, daß die Ortsvereine, die schon vor dem Krieg bestanden haben, auch jetzt die Folgen der Inflation und der Bruder-

kämpfe sehr gut überstanden haben. Das macht sich auch in den Tarifverhältnissen bemerkbar. Nach einem kurzen Ueberblick über die Sachverständigenberichte und die Kostenvorteile daraus ging Bader auf die zukünftigen Organisationsaufgaben ein. Er bezeichnete die Agitation von R und zu R und als das Wirksamste, besonders auch in den ländlichen Bezirken und ermahnte die Anwesenden, dabei die Unterstüßungsrichtungen des Verbandes in das rechte Licht zu setzen. Der verhältnismäßig geringe Mitgliedererlust des Verbandes ist im wesentlichen den stets beibehaltenen Unterstüßungsrichtungen zu danken. Die anschließende Aussprache, in der sich Bezirksleiter Junghans über die Tarifverhältnisse des Bezirks ausließ, zeigte ein Maß von Verhandlungs- und Idealismus bei diesen Delegierten aus kleinen und kleinsten Orten, an dem sich mancher großstädtische Rauhheit ein Beispiel nehmen könnte. Nachdem die Orte Eberswalde und Rottbus dazu bestimmt worden waren, zum bevorstehenden Verbandstag die Delegierten zu stellen, schloß Junghans die Sitzung mit einem Hoch auf den Verband.

Jahresversammlung der Bäcker und Konditoren.

Rückgang der Kommunisten. — Aufstieg der Organisation.

Bei den bisher stattgefundenen Neuwahlen zu den Berliner Ortsvereinen der freien Gewerkschaften schreiten die Kommunisten von Niederlage zu Niederlage. Auch in der gestern im Gewerkschaftshaus abgehaltenen Jahresgeneralversammlung des Ortsvereins Berlin des Deutschen Nahrungs- und Genussmittelarbeiterverbandes (Bäcker und Konditoren) siegte bei der Vorstandswahl die Liste der Funktionärskonferenz, die mit einer Ausnahme nur Kandidaten der Amsterdamer Gewerkschaftsrichtung enthielt, mit großer Mehrheit. Die von den Kommunisten aufgestellte Parteiliste erhielt von den 686 abgegebenen Wahlzetteln 136 Stimmen. Ein großer Teil davon nannte als ersten Vorsitzenden auch noch den Genossen Schumann (der auch Spitzenkandidat der Amsterdamer Liste war), weil die SPD. sich auf einen Vorsitzenden nicht hatte einigen können und die Parteizentrale offenbar keinen auf Lager hatte. Bei der vorjährigen Wahl verstanden es die Kommunisten durch massenhafte Ausgabe von Sonderstimmentzetteln die Anzahl ihrer Anhänger zu vergrößern; immerhin fanden sich damals 306 „Oppositions“-Zettel in der Urne. Der Rückgang der Kommunisten steht also im umgekehrten Verhältnis zur Erweiterung ihres Rundwerkes.

Dem Geschäftsbericht des Genossen Schumann ist zu entnehmen, daß im Jahre 1924 vier Lohnbewegungen erfolgten. Eine davon ist sogar von den Arbeitgebern erzwungen worden, allerdings zu dem Zweck, die Löhne herabzusetzen. Unter dem Einfluß des Geschlechtes von der notwendig gewordenen Herabsetzung der Preise, forderten die Bäckermeister eine Lohnreduzierung und setzten sie auch durch. Der Erfolg war natürlich negativ; die Brotpreise blieben stehen und so konnte der Verband nach sieben Wochen die Scharte wieder ausweichen. In einer Anzahl von Betrieben wurden lokale Lohnbewegungen geführt. Die tariflose Zeit, die die Unternehmer durch ihre Hartnäckigkeit bei den Verhandlungen zum Abschluß eines Kanteltarifs herbeigeführt hatten, benutzte auch die Belegschaft des Großbetriebes von Wittler dazu, Lohn- und Tarifforderungen zu stellen. Es kam zum Streik, der schließlich durch die Vermittlung des Schlichters beigelegt wurde. Erreicht wurde, daß ein Einheitslohn an alle Beschäftigten bezahlt wurde, der 2 M. über den Spitzenlohn der Großbetriebe liegt. — Zur Frage der Nachtarbeit in den Bäckereien betonte Schumann die Billigkeit vieler Gesellen den Meistern gegenüber. In vielen Betrieben wird demzufolge schon vor 6 Uhr früh die Arbeit begonnen. Eine Eingabe der Meister an das Polizeipräsidium, in der sie um die Genehmigung bitten, schon um 5 Uhr beginnen zu können, ist abgelehnt worden. — In den Sektionen „Konditoren“ und „Süßwaren und Genussmittel“ fanden sich die gleichen Schwächen, die in allen anderen Berufen und Industrien bei Tarifverhandlungen auch zu finden waren.

Der Ortsverein stand noch bis tief in den Sommer hinein unter den Nachwirkungen der Inflationzeit, was sich auch in der Mitgliederbewegung auswirkte. Bemerkenswert ist aber auch hier der Aufstieg. Im dritten Quartal wurden 48 000 Wochenbeiträge entrichtet, im vierten Quartal dagegen 63 000. Es entspricht das einem Mitgliederbestand von rund 6000 Köpfen.

Beendeter Streik in der AEG.

Im Streit der Bäcker im Maschinenlager der AEG, Brunnenstraße, ist es gestern zwischen dem Betriebsrat und der Direktion zu Verhandlungen gekommen. Die Direktion konnte sich nicht dazu verstehen, die Forderung der Streikenden nach einer zehnprozentigen Lohnhöhung zu bewilligen. Man lagte allerdings zu prüfen zu wollen, ob ein Lohnakkord-Berechnungssystem für die Bäcker eingeführt werden kann, das dieser Arbeitergruppe einen höheren Verdienst gewähren würde. Wenn unter diesen Bedingungen die Arbeit wieder aufgenommen werden sollte, würde die Direktion von Maßregelungen absehen, also alle Arbeiter wieder einstellen. In bezug auf den Stundenlohn sollten die Arbeiter in ihre alten Rechte wieder eintreten. Wegen des Urlaubs und sonstiger aus dem Kanteltarif entziehender Rechte sollen die Betriebsräte nach Wiederaufnahme der Arbeit verhandeln.

Eine Streikversammlung beschloß gestern nachmittag nach einem Bericht des Betriebsrats und nach längerer Aussprache den Direktionsvorstoß anzunehmen. Die Zusagen der Direktion haben auch für die streikenden Kranführer des Werkes Brunnenstraße Geltung. Die Arbeit wird heute, Mittwoch, früh wieder aufgenommen.

Achtung, Eisenbahner!

Donnerstag, den 26. Februar 1925, abends 7 Uhr, im großen Saal der Rauhstr. 11, große Mitgliederversammlung, Stand der Lohnbewegung. Kassenserviermeister, zahlreicher Besuch wird erwartet. Deutscher Eisenbahner-Verband, Ortsgruppe Berlin.

Berliner Gewerkschaftsamt, Bezirkskommission Spandau, 16. Bezirk, Rosen, Donnerstag, abends 7½ Uhr, im Lokal von Doktor Schulz, Spandau, Rauhstr. 11, allgemeine Bezirksversammlung, „Gewerkschaftliche Probleme“. Ref.: Gen. S a m e n. Kreis Zusprache. Geschäftliche Mitteilungen, Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte werden hierzu eingeladen. Der Vorstand.

Achtung, Bauarbeiter! Am Sonntag, den 1. März, vormittags 9½ Uhr, in den Rauhstr. 11, Landarbeiter Str. 11, Versammlung aller Bauarbeiter und Steinträger des Bauernverbandes. Bericht über den Ausgang der Lohnverhandlungen und den Abschlußfortschritt.

Der Vorstand des Bauernverbandes.
Verantwortlich für Vollzug: Ernst Reuter; Schriftföhrer: Arthur Salzenus; Gewerkschaftsbewegung: Reich, S a m e n; Funktionäre: R. S. Pöcher; Volontäre und Kassieren: Fritz Kossäb; Anzeigen: Th. Gluck; Amtlich in Berlin: Verlag: Hermann Berlin G. m. b. H., Berlin, Druck: Hermann-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 6, Wilmersstraße 2, Bureau 2, Wilmersdorf u. „Unterstadt“ und „Witten“.

Verlangen Sie nicht
irgend eine Marke.

JOSETTI

Sondernur

die wirklich guten
Joseffi-Cigaretten.

JUNO 3-8 VERA 4-8

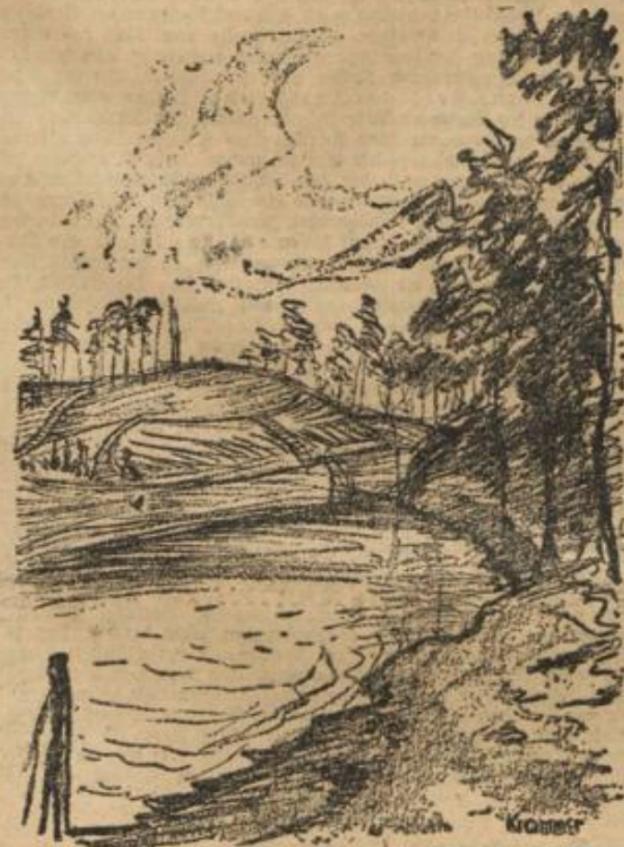
KON
LINON

Der neue Staatsfriedhof im Grunewald

Für die Großstadt sind Raumfragen und Entfernungen von jeder von größter Bedeutung gewesen. Das gilt sowohl für die Lebenden als auch für die Toten. Deshalb hat auch die Friedhofsfrage für Berlin und seine Vororte (heute Groß-Berlin) oft in dem Brennpunkte des Interesses gestanden, ganz besonders in den neu-entstandenen Ortsteilen und in den abgewinkelten, später selbstständig gewordenen Tochtergemeinden älterer Kirchen. Für die westlichen Vororte Berlins ist in der Anlage des geräumigen Stahndorfer Friedhofes 1909 eine erwünschte Lösung in der Begräbnisangelegenheit herbeigeführt worden, allerdings mit der unangenehmen Beigabe einer zu weiten Entfernung und des daraus entstehenden unbequemen, zeitraubenden und kostspieligen Zuganges. Dieser Mibstand entfällt bei den vor den Toren Berlins im Grunewald neuangelegten staatlichen Friedhof zu Berlin-Heerstraße, der von der Untergrundbahnstation Stadion und der Vorortstation Rennbahn in drei Minuten, vom Bahnhof Heerstraße und von der Endstation der Straßenbahnlinien 53 und 73 in ungefähr 10 Minuten zu Fuß durch die Insterburg-, Sensburg- und Heilsberg-Allee zu erreichen ist. Für den Wagnerverkehr empfiehlt sich zurzeit noch der Weg über die Rennbahnstraße. Als Wegweiser leuchtet uns von allen drei Zugangsstellen die Kuppel der Friedhofskapelle entgegen.

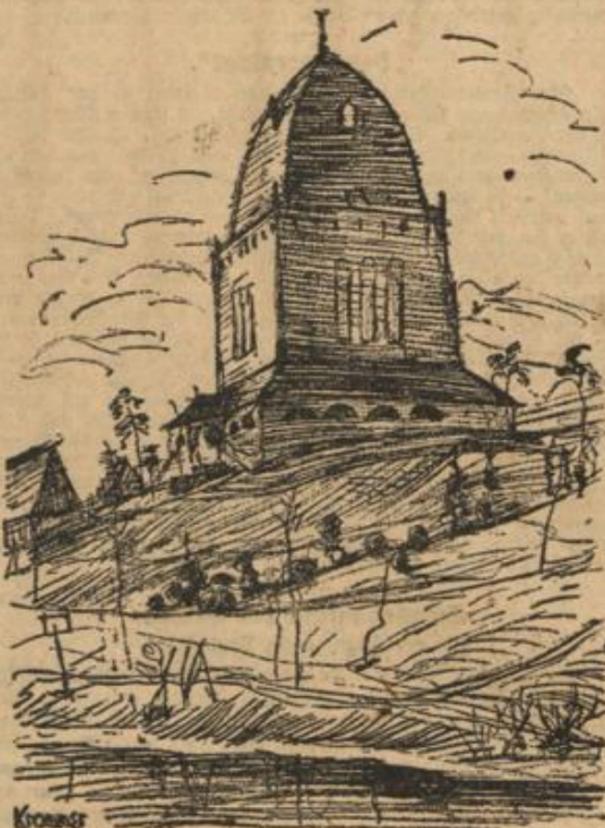
An der Heerstraße.

Dieser neueste Friedhof im Belahilde Berlins gehört weder einer Kirchengemeinde noch einer politischen Gemeinde, sondern dem



Der Waldsee inmitten des Friedhofes

Fisciskus, also dem preussischen Staat, und wird von der „Kommission zur Aufteilung der Domäne Dahlem“ verwaltet. Nachdem seit 1901 diese Kommission die Aufteilung der Domäne Dahlem annähernd durchgeführt hatte, wurde sie 1913 ebenfalls mit der Aufteilung des ehemaligen „Gutsbezirks Heerstraße“ betraut. So entstand in den letzten Jahren zu beiden Seiten der Heerstraße eine neue Kolonie. In der Koloniegemeinschaft war bereits ein Friedhof vorgesehen.



Die Kapelle für alle

sowie auch der Bau einer Kirche, die gegenüber der Rennbahn auf der Südseite der Heerstraße an der Kranzallee vielleicht schon im nächsten Jahre errichtet werden wird. Ein Teil des „Friedhofes zu Berlin-Heerstraße“, und zwar der westliche, ist bereits fertiggestellt und durch die erfolgte erste Beisetzung eingeweiht und seiner Bestimmung übergeben worden. Dieser Teil umfaßt eine Fläche von 30 000 Quadratmeter, zu welcher noch der Sausuhlfsee, kurz „Sausuhle“ genannt, hinzukommt mit einer Oberfläche von ungefähr 10 000 Quadratmeter. Der von der Sausuhle aus östlich gelegene Teil, der nach alter Grunewaldbestimmung ist, hat ein Areal von 90 000 Quadratmeter und ist für spätere Erweiterung des Friedhofes vorgesehen, wobei sein Waldcharakter gewahrt werden soll. Auf diesem Terrain wird voraussichtlich auch ein Krematorium gebaut und durch eine Brücke über die Sausuhle mit dem westlichen Teil des Friedhofes verbunden werden. So wird dann der Gesamtfriedhof ein einzigartig landschaftliches Gepräge erhalten. Er wird nach Fertigstellung auch des östlichen Teils ein mächtiger Gelände-friedhof im wahren Sinne des Wortes sein gegenüber den anderen ebenen Friedhöfen Berlins mit kunstvollen Zuschnitt und auch gegenüber dem Stahndorfer Waldfriedhof.

Eine stimmungsvolle Begräbnisstätte.

Das hügelige, durch künstlerische Umformung in seinem westlichen Teile bereits vielfachgestaltige Gelände läuft auf allen Seiten nach der Sausuhle aus, deren Ufer demnach eine angemessene Ausgestaltung erfahren werden. Immer fällt der Blick des Beschauers von den Höhen in die Tiefe auf das klare Wasser des langgestreckten Waldsees, beruhigend für das Auge und poetisch-mythologische Vorstellungen auslösend. Da nach Nordwesten hin, nach der Station Stadion zu, die beiden seitlichen Höhenzüge einen geräumigen Talkegel einengen, und die Südseite sich ebenfalls abbaht, erhält das ganze weite Friedhofsgelände das Charakteristische einer in sich natürlich abgegrenzten Welt. Dieser Eindruck wird noch dadurch verstärkt, daß schon die Lage dieses Begräbnisgeländes in Waldesstille und abseits vom lärmenden Großstadtverkehr eine wohlthuende Abgeschiedenheit empfinden läßt. Zu einer feierlichen Stimmung trägt nicht minder die Friedhofskapelle durch ihre ersten, wuchtigen Formen bei, die besonders in der ansteigenden Kuppel zum Ausdruck gebracht sind, und durch ihren matt-roten, der umgebenden Natur angepaßten Farbenton, durch den sie sich in das einheitliche Grunewaldbild harmonisch einfügt. Erbaut ist diese monumental wirkende Friedhofskapelle nach Entwürfen des Professors Buntz von der Technischen Hochschule in Charlottenburg. Alles in allem sind in diesem Friedhofsgelände alle Voraussetzungen gegeben, für Groß-Berlin die vornehmste und stimmungsvollste Begräbnisstätte zu schaffen. Zu diesem Zwecke sieht u. a. auch die Friedhofsordnung Bestimmungen vor, denen ethisch-künstlerische Erwägungen zugrundeliegen. Diese allgemeine Begräbnisstätte für jedermann ohne Rücksicht auf Gemeinde- oder Kirchengemeinschaft steht allen Konfessionen, Religionsgemeinschaften und Konfessionslosen nicht nur zur Benutzung dieses Friedhofes offen, es wird auch zugleich freie und ungehinderte Ausübung der religiösen Begräbniszeremonien gewährleistet. Für letzteren Zweck steht die Friedhofskapelle unentgeltlich zur Verfügung, wo unter Begleitung auf einem Reiterharmonium in einer feierlichen und würdig ausgestatteten Andachts-halle musikalische Darbietungen zur vollen Auswirkung kommen. Die ausübenden Künstler befinden sich in einem Raum hinter der Apsis, von woher durch unauffällig angebrachte Öffnungen die Musik voll und dezent in den Andachtsraum hineintönt. Für die Benutzung der Halle auch im Winter ist Heizung durch heiße Preßluft möglich.

Um Wünschen in bezug auf die Beisetzung gerecht zu werden, sind auf dem „Friedhof zu Berlin-Heerstraße“ Reihengräber, Wahlgräber und Vorbehaltsstellen, Familien-gräber und Urnenstellen vorgesehen. Alles Rühre im Falle einer Benutzung des Friedhofes ist bei der Friedhofsverwaltung Berlin-Heerstraße, Berlin-Charlottenburg 8, Heilsberg-Allee, und durch telephonischen Anruf: Wilhelm 93 75, zu erfahren.

Wintersport und Frühlingssonne.

Die alte Mutter Erde ist eine launenhafte Dame geworden. Trug man doch in diesem Winter im Süden Pelze, während bei uns Frühlingswinde wehten. Wohl gab es schon ein paar strenge Tage, doch ist der erste Schnee überraschend genug zu uns gekommen. Das junge Grün wurde jäh in eine weiße Decke gehüllt und die zu früh zu uns gefangenen Zugvögel vergaßen vor Schreck ihren Sang — — — Winterweiser! Die Straßenbahnen nach dem Grunewald sind alle überfüllt. Der Werttag ziemlich stille Grunewald hält vom Lärmen und Jubeln wider. „Bahne frei!“ Klingt es überall den Erwachsenen entgegen, die schleunigt zur Seite treten, um nicht „überfahren“ zu werden. In tausendend Galopp geht es die waldigen Abhänge hinab, bis an den halb-angefrorenen See; hier wird gestoppt. Da die Winterfröhen (oder soll man Frühlingssonne sagen?) leuchtet und warm, schmilzt der funkelnde Schnee schnell; es ist also nicht ganz leicht, das Rollen. Aber die Jugend löst sich das herrliche Bergnügen nicht stören. Atemlos liegt man platt auf dem Schlitten, lacht fröhlich und ausgelassen, wenn man einmal loschneuert und topfüber stürzt. Fast alle Kinder tragen bunte Jacken und Wellmützen; manche laufen sogar St. das heißt, sie versuchen es. So ist plötzlich auf märkischem Sandboden, dicht vor den Toren Berlins, doch noch das Wintersportleben erwacht. Es ist vielleicht oder sicher nicht alles ganz so wie in St. Moritz, doch entschieden bequemer und billiger.

Der Apfel der Elisabeth Hoff.

Von Wilhelm Hegeler.

Dieser nickte nur als Bestätigung, daß er gehört hätte. Rysiek benutzte rasch die Gelegenheit und sagte: „Also folgen wir deiner Hausfrau und begeben wir uns hinein. Ich kenne mich ja noch aus in der alten Bude.“ Ueberzeugt, daß sein Freund ihm folgen würde, ging er an der Allee vorbei und drückte eine Türklinte zur Rechten des schmalen Ganges auf, die, wie er sich erinnerte, in die gute Stube führte. Nichts hatte sich hier, wie sein erster Blick festgestellt, im Laufe der langen Jahre verändert und dennoch war, wie ein kühl aufsteigender Schauer ihn im nächsten Augenblick spüren ließ, alles unheimlich anders geworden. Dasselbe kurze, breite So.a mit gebauchter Lehne, dessen verchlissenen Ueberzug eine gehäutete Decke verbarg, dieselben Birkenholzstühle um den runden Tisch und an den Wänden, zwischen zahllosen Gemeinen, dieselben lächerlichen Vedrücke, kaum ein wenig mehr verdunkelt, dieselbe Petro-leumlampe an der niedrigen Decke . . . alles wie einst, auch ebenso sauber und ordentlich gehalten — und dennoch gleich dieser Raum der grundchaglichen Stube von früher, in deren Winkeln und Ecken, in deren ganzer Atmosphäre sich der Duft unzähliger Portionen Kaffees und Kuchens, das Lachen ganzer Scharen junger Mädchen und junger Herren und das behagliche Geschwätz des sie begleitenden Alters ununterbrochen eingenistet zu haben schien — — dieser Raum gleich so wenig jener Stube von einst wie der kalte, schon in Todesstarre übergegangene Leichnam dem Bild des Lebenden. Und etwas Ähnliches machte die Ursache sein, daß es Rysiek mit einem Schauer betrüblichen Unbehagens überließ. Nirgendwo war in dieser grünlich-fahlen Dämmerung, der ein widerlicher Geruch von Roder entströmte, auch nur das leiseste Zeichen, daß hier ein lebendiger Mensch haufte, der die Spuren seiner kleinen Freuden, seiner Liebhabereien hinterließ. Unverändert war das Zimmer von dem Vorhänger übernommen worden und was da stand, sah morisch und verfallen aus, war sich selbst aufzuehrendes Leben. Höchste Zeit, daß ich gekommen bin, dachte Rysiek. Der Förster trat ein. Nachdem er die nassen Hände oberflächlich an einem braunen Taschentuch abgetrocknet hatte, zog er einen der Birkenholzstühle hervor und setzte sich dem Besucher stumm gegenüber. Der Setzer lauerte sich zu seinen Füßen nieder.

„Nun,“ begann Rysiek, das kühle Unbehagen mit einem munteren Händereiben vertreibend. „das hast du dir nicht träumen lassen, daß ich dir noch mal hier gegenüber sitzen würde, in dem alten Kanapee, wo wir so manches Liebemal gefessen haben.“ Und mir wär's, weiß Gott, auch nicht im Traum eingefallen, daß du mich hier als Hausherr empfangen würdest. Ich hatte mir eingebildet, du wärest längst verheiratet, und wollte mich schon als Vater für deinen nächsten Sprößling anbieten. Na, nun erzähl' aber mal, wie's dir dann ergangen ist die ganzen Jahre. Schick mal los. — Du hast wohl kein Feuer mehr in der Pfeife? Erlaube! Er rieb ein Streichholz an und hielt es dem Freund hin. „Nicht nötig! Die Pfeife schmeckt auch kalt. Besser als der Knaster, den man heutzutage raucht!“ „Dann brenn' dir eine Zigarre an und erlaube, daß ich auch eine rauche.“ Das war doch schon in alten Zeiten so. Wenn wir was miteinander abzumachen hatten, dann wurde sich erst ein Stimmstengel zwischen die Zähne gesteckt. Also nimm!“ Aber der Förster schien die hingelagte Zigarre überhaupt nicht zu bemerken. Er hatte seine Gestalt breit auf den Stuhl gepflanzt und sah, leicht gekrümmt, mit der Miene eines stumm lauernden Beobachters Rysiek gegenüber. „Also sang' doch mal an mit dem Erzählen! — Nachdem ich die große Fahrt angetreten hatte, bist auch du auf Reisen gegangen und hast dich dann hier als Förster niedergelassen und lebst nun hier als der gefürchtete und geachtete Herr des Waldes. Ein schönes Renomme hast du dir ja geschaffen! Treu wie Gold und grob wie 'ne Sau — das ist der Förster von Ruprechtsau.“ Mir hat der Birt schon erzählt, wie's hier mit der Holzdieberei gerrieben wird. Ganze Wägen voller Bäume zögen in den Mondscheinmächten durch die Gasse. Aber alle aus dem Staatswald natürlich! In deinen Forst traute sich niemand hinein, aus Angst vor 'ner Schrotladung. Stimmt's? — Und du fühlst dich wohl in deiner Einsamkeit? Sag doch mal, wie's dir geht? Mensch — mach' doch mal den Mund auf! — Oder — hab' ich dich verletzt? Das wollte ich bei Gott nicht, du! Ich kann mir ja denken, daß es dir nicht zum Besten geht. Es sieht ja jent überall traurig aus in dem armen Deutschland. Aber ein Trost bleibt einem doch. Der deutschen Erde haben sie nichts anhaben können. Wahrhaftig, mir ist das Herz aufgegangen, wie ich vorhin durch deinen Wald ging. Eine Fichte so prächtig schlank und gesund wie die andere. Da habe ich mir gedacht: ein Mann, der solche Bäume heranzieht, der muß doch trotz allem hoffnungsvoll in die Zukunft sehen.“

Der Förster räusperte sich und fragte: „Bist du Zeitungschreiber geworden?“ „Nein. Warum?“ „Weil du so feine Phrasen drehst.“ „Ich bin bei meinem alten Metier geblieben und haue Häuler.“ In diesem Augenblick trat die Magd ein mit einem Tablett, auf dem sich ein Stück Brot und eine Tasse voll dampfendem Kaffee befanden. „Daß können Sie einem doch sagen, Herr Schmidt, daß Sie hier Kaffee trinken wollen. Soll ich dem Herrn auch eine Tasse bringen?“ „Nicht nötig.“ „Nun, immerhin — wenn ich einen Schluck Wasser bekommen könnte, wäre ich dir ganz dankbar.“ „Ein Glas Wasser!“ sagte der Förster der offenbar tauben Frau zu. Diese brachte nach einer kleinen Weile das Gewünschte. Rysiek trank zuerst gierig, aber das laue Wasser, von bräutigam Geschmack, ließ so unerquicklich durch seinen Schlund, daß er das Glas rasch niederlegte. Wieder vergingen einige Augenblicke in lähmendem Schweigen. Unbeweglich, wie auf dem Anstand, sah der Förster vor seinem Besucher, der sich in seiner Sojace wie gefangen vorkam: ein Stück Wild, bewacht von diesem Mann und seinem Hund. „Also, ich werde dir was sagen,“ begann Rysiek, entschlossen, geradeswegs auf sein Ziel loszugehen. „Ich bin nicht hergekommen, nur um mich nach deinem Beinden zu erkundigen. Wir wollen uns doch nichts vormachen. Es geht dir nicht zum Besten. Du hast dir was anderes gewünscht, als ein Untergebener zu sein des Besitzers von Ruprechtsau. Und wenn's mit deinen Wünschen und Plänen schief gegangen ist, so bin ich zum Teil daran schuld. Und rund herausgelagt — diese Schuld, so weit es möglich ist, wieder gutzumachen, das ist der Zweck meines Besuches. — Was hast du darauf zu antworten?“ „Was ich darauf zu antworten habe?“ Des Försters Gestalt wuchs langsam aus dem Stuhl heraus, und wie er in seiner ganzen Größe da stand, schleuderte er den langgestreckten Arm in die Richtung der Tür und schrie, während eine Blutwelle sein gelbliches Gesicht dunkel rötete: „Raus! — Scher' dich raus! — Das ist meine Antwort!“ „Daß die Tür nur zu,“ erwiderte Rysiek ruhig. „ich gehe nicht eher, als bis wir uns ausgesprochen haben. Und das geschieht am besten mit Vernunft und Ruhe.“ (Fortsetzung folgt.)

Man erfrischt sich in dem überwallen „Eniglichen“ Forsthaus Paulsdorn oder trinkt einfach in dem färdlichen Jagdschloß ein Glas Milch. Viele Spaziergänger hat das wundervolle Wetter hinaus gebracht. Die dunkelgrünen Kiefern, in flüssiges Gold getaucht, strömen ihren Duft aus. Gegen 6 Uhr geht die Sonne gelbrot unter. Die Abenddämmerung naht. Der köstliche Wintertraum hat ein Ende. Man weiß nicht, ob er morgen fortgesetzt werden kann.

Auch die Wettermeldungen aus den Bergen berichten wieder von guten Winterverhältnissen. Dem Deutschen Verkehrsverein, Berlin, Potsdamer Bahnhof, gingen telegraphisch folgende Wetterberichte zu: Riesengebirge. Krummhübel, 550—843 m ü. M., Barometer 987, 3 Grad Kälte, 15 cm Pulverschnee. Hochgebirge 40—55 cm Schneehöhe, Sportverhältnisse sehr gut. Graffhaff Glas. Bad Reinerz, 585 m ü. M., 20 cm Schneehöhe, 0 Grad, etwas bewölkt. Jögenhausbaude b. Reinerz, 800 m ü. M., 20 cm Schneehöhe, 2 Grad Kälte, etwas bewölkt, Stiföhre an der Hohen Renke gut. Sjergerberge. Bad Jünzberg, 530—1100 m ü. M., 50 cm Schneehöhe, 5 Grad Kälte, prächtiges wolkenloses Wetter, 20 cm Reuschnee, Stiföhre und Rodelbahn sehr gut. Thüringen. Oberhof, 825 m ü. M., 25 cm Schneehöhe, 5 Grad Kälte, starker Schneefall. St. und Rodelbahn vorzüglich. Rauhreif. Friedrichroda, 4 Grad Kälte, Schneehöhe 15 cm, Rodel, St., Rodel gut, Schneefall; Sonntag Bobrennen um die Thüringer Reisterbahn. Harz. Schierke, 600—650 m ü. M., 15 cm Schneehöhe, 6 Grad Kälte, etwas bewölkt, an der Höhe bis 50 cm Schneehöhe, St., Rodel- und Eisbahn gut. Braunlage, 600 m ü. M., 20 cm Schneehöhe, 8 Grad Kälte, prächtige Winterlandschaft, aller Schneesport vorzüglich.

Die Berliner Aufwertungsaktion.

Annahme der SPD-Anträge im Haushaltsausschuß.

Endlich hat der städtische Haushaltsausschuß Zeit gefunden, sich mit den Aufwertungsanträgen der SPD, und auch der Deutschnationalen zu beschäftigen. Sie wurden erfreulichweise einstimmig angenommen. Dadurch wird die augenblickliche Aufwertungsaktion auf alle über 60 Jahre alten Sparet ausgebeht, während bisher die Altersgrenze 65 Jahre war.

Die Verhandlungen waren insofern interessant, als sie geradezu förmlich die Wahlkampfpropaganda der Rechtsparteien beleuchteten. Mit ernster, sorgenvoller Miene erklärte der Kammerer, daß Berlin keine Sonderaufwertung für seine Sparet machen könne, die Aufwertschüsse der Sparet lassen das nicht zu. Man könne infolgedessen höchstens eine Wohlfahrtsaktion für Bedürftige unternehmen, und auch diese müsse sich in Grenzen halten. Bei dem Sprecher der Deutschnationalen, Dr. Steiniger, hat die kurze Regierungsbekanntmachung schon so erzieherisch gewirkt, daß er auf diesen Hint hin sofort bereit war, den deutschnationalen Antrag abzuschwächen. Stärkere Heftigkeit rief der Hinweis des Kammerers auf die bevorstehende Regelung der Aufwertung durch das Reich hin, denn jeder Mensch weiß natürlich, daß die demagogischen Versprechungen, mit denen die Rechtsparteien im Wahlkampf sich in den Sattel zu setzen versuchten, nicht mit einem einzigen Projekt erfüllt werden. Die betroffenen Sparet werden an ihren Aufwertungsrechten auf der rechten noch ihre helle Freude erleben.

Eine sehr lebhafte Debatte rief die Beratung über den Bau der H.C.S.-Schnellbahn hervor. Im Ausschuß traten die größten Meinungsverschiedenheiten darüber zutage, welcher Teil der Bahn gebaut werden soll. Ein Teil wünscht mit dem Stadtbaurat Hahn den Bau an der Voltairestraße im Norden zu beginnen und unter Ausnutzung der vorhandenen Tunnelstrecken bis zum Dranienplatz durchzuführen, während ein anderer Teil des Ausschusses vorschlägt, vom Nordbahnhof Hermannsplatz nach Norden zunächst bis zum Alexanderplatz zu bauen. Der Ausschuß beschloß, die Weiterberatung vorläufig zu vertagen, bis von der Tiefbauverwaltung ausreichendes Material über die technische und finanzielle Seite dieser Fragen vorgelegt ist.

Agrarier gegen die Berliner Milchversorgung.

In der „Deutschen Tageszeitung“ hat vor einiger Zeit ein Dr. H. Heede Angriffe gegen die Berliner Milchversorgung G. m. b. H. gerichtet. Herr Heede war früher der Direktor der Provinzmolkereien, die während der Inflationszeit wie Pilze aus der Erde geschossen sind und außerordentlich preiswertem Milch geliefert haben. Herr Heede ist unlängst aus seiner Stellung ausgeschieden und will sich nun anscheinend den Provinzmolkereien aufs neue angeschlossen in die Erinnerung und in eine neue Stellung bringen. Sein Artikel in der „Deutschen Tageszeitung“ hat die bombastische Überschrift: „Der Berliner Milchskandal“. Der Verfasser tut so, als ob er mit seinen Anschuldigungen auf der Seite der Berliner Verbraucher steht und ihnen sagt, ihr habt viel zu viel für die Milch. Das könnt ihr ändern, wenn ihr das ganze System der Milchlieferung und der Preisfestsetzung dadurch ändert, daß ihr die Berliner Milchversorgung G. m. b. H. abschafft. Außerdem es scheint nur auf den ersten Blick so, als ob Herr Dr. Heede im Interesse der Milchkonsumenten Berlins schreibt. In seinem Artikel sagt er nämlich klipp und klar: „Leiten Endes bleibt eine schwere Schädigung der Landwirtschaft zu verzeichnen.“ Um die Berliner also kümmert er sich in Wahrheit nicht. Er will nur, daß die Landwirte und die Provinzmolkereien mehr erhalten. Wie wenig sich Herr Dr. Heede im übrigen um das Wohl der Berliner kümmert, geht auch deutlich daraus hervor, daß er eine Preissteigerung der Milch für überflüssig hält. Er ist gewiß der Ansicht, daß die Berliner alles, was und in dem Zustand, wie es nach Berlin kommt, kaufen können, wenn nur die Provinzmolkereien durch das Postieren nicht Kosten zu tragen haben. Der Artikel enthält außerdem große Unrichtigkeiten. Wir haben in Berlin keine Milchzwangswirtschaft, wie das Dr. Heede behauptet, sondern eine Planwirtschaft. Auch die Kalkulation des Milchpreises, wie sie in dem Artikel enthalten ist, ist falsch. Die Berliner Milchversorgung G. m. b. H. hat Unzählige genommen, diese großen Fehler und abhässlichen falschen Darstellungen in der „Deutschen Tageszeitung“ zu berichtigen.

Der rätselhafte Tresorraub bei der Darmstädter Bank.

Am 7. Mai v. J. wurde morgens im Tresor der Darmstädter Bankfiliale in der Königsstraße das Fehlen einer Kassette mit 64000 Mark Inhalt entdeckt. Die Kassette war am Abend vorher von mehreren Beamten in den Tresorraum gebracht worden. Trotzdem war sie am nächsten Tage auf rätselhafte Weise verschwunden. Der Verdacht war durch einen Vertrauensmann der Polizei auf den Bankbeamten Schulz, einen gewissen Enders und den Bankbuchhalter Max Wendling gelenkt worden. Enders und Wendling sollen in Beziehung zu den Gebrüder Strauß, den berühmten „Eindrehern“ gestanden haben. Das Verfahren mußte aber mangels Beweise gegen Schulz und Enders eingestellt werden und gestern hatte sich allein Wendling wegen Einbruchdiebstahls vor dem Schöffengericht Mitte zu verantworten. Schon einmal hatte die Sache zur Verhandlung angestanden. Die Rechtsanwalt Dr. Schwindt und Dr. Eisenstadt hatten aber neue Beweisanträge gestellt, denen sich das Gericht nicht verschließen konnte. Zum gestrigen Termin waren die neuen Zeugen erschienen und wurden vernommen. Die Beweisaufnahme brachte das Gericht jedoch zu der Ueberzeugung von der Beteiligung des Angeklagten mit unbekanntem

Tätlern an dem Bankraube. Dieser Beweis wurde durch Indizien geführt. Es wurde angenommen, daß, nachdem die Kassette in den Tresorraum gebracht worden war, die Tresortür mit einem vorher angefertigten Nachschlüssel nochmals von einem Bankangestellten geöffnet, die Kassette herausgeholt und in einem Nebenzimmer versteckt worden war. Von dort soll sie dann mittels Nachschlüssels später weggeholt worden sein. Demnach Wendling jede Schuld bestritt, wurde ihm zum Verhängnis, daß bei einer Hausdurchsuchung in seiner Baude mehrere Rollen von Silbergeld und Bündel Papiergeld in den Hüllen gefunden worden waren, in denen die Beträge in der Kassette aufbewahrt worden waren. Der Angeklagte hatte sich auch über die Herkunft dieses Geldes in verschiedene Widersprüche verwickelt. Eine Rolle spielte bei der Ueberführung des Angeklagten ein Notizbuch, in dem eine Summe von 64000 Mark in drei Teile geteilt worden war. Während der Staatsanwalt gegen den Angeklagten wegen Einbruchdiebstahls drei Jahre Zuchthaus beantragt hatte, konnte das Gericht nicht den Nachweis für erbracht ansehen, daß der Angeklagte selbst an dem Raube mitbeteiligt war. Es hielt ihn nur schuldig der Hehlerei, da er mindestens von den wirklichen Tätern einen Anteil an der Beute erhalten haben mußte. Wendling wurde zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

„Der Querulant“.

Eine Komödie heißt so. Und diesmal spielt sie vor Gericht. Ein weihäariger Alter mit rosigem Gesicht und blauen Kindesaugen ist der Angeklagte. Seine Ehehälfte begleitet ihn. Es sind mehrere Kleinrentnerleute. Er kam eines Tages aufs Polizeirevier, um als Depuliter eines Berliner Gartenhauses „Juglaren“ oder „gewissermaßen“ — so lauten die Worte, die er tausendmal gebraucht — sich nach gewissen baupolizeilichen Bestimmungen zu erkundigen. Dabei soll er sich, wie der Rentnervorstand als Hauptzeuge sachlich auslag, ziemlich halbstarrig gezeigt haben. Der stark beschäftigte Polizeimann machte den alten Mann höflich darauf aufmerksam, daß dies nicht Angelegenheit seiner Behörde sei und forderte ihn mehrmals vergeblich zum Hinausgehen auf. Dapen wollte der Alte nichts wissen — bis er von zwei Beamten nicht ganz sanft an die Luft gesetzt wurde. Eine Anzeige wegen Hausfriedensbruchs folgte, die zu jener ergötzlichen Gerichtsverhandlung führte. Die beiden Zeugen antworteten knapp und klar, während der Angeklagte schuldlos auf seinem Stuhl saß. Immer wieder betonte er seine Unschuld und Ehrlichkeit, beteuerte er seine Unschuld, seinen Widerspruch das Gegenteil vorwerfend. Der Vorsitzende übte sich in Geduld, und der Staatsanwalt lächelte. Es half dem Greis alles nichts — milderweise wurde er zu fünfzig Mark Geldstrafe verurteilt. Natürlich protestierte er gegen diese „Ungeheuerlichkeit“, und er hätte doch länger wissen müssen, daß man sich immer die Finger verbrennt, wenn man für die anderen die Kastianen aus dem Feuer holt.

Straßenunfälle vor Gericht.

Die verhängnisvolle Probefahrt.

Der Tod des Arztes Dr. Liman hatte dem Chauffeur Rühigbrodt eine Anklage wegen fahrlässiger Tötung zugezogen. Am 11. November hatte der Generalkonsul Rosenthal in Charlottenburg, bei dem Rühigbrodt beschäftigt war, einen neuen Benzwagen gekauft, und der Angeklagte hatte den Auftrag erhalten, den Wagen nach der Garage am Fehrbellener Platz zu fahren. Er sollte am nächsten Tage mit dem Besitzer des Wagens eine Fahrt nach Breslau unternehmen.

In der Garage wurde er von einem anderen Chauffeur angeregt, mit ihm eine Probefahrt mit dem neuen Wagen nach Nauen zu machen. Unterwegs wurden noch einige Personen zur Mitfahrt aufgenommen. Auf der Hamburger Chaussee bei der Einmündung der Bredower Landstraße, bog aus dieser der stillische Arzt Dr. Liman, der von einem Krankenbesuch auf seinem Rade heimfuhr, ein. Das Auto befand sich in scharfer Fahrt, die bis zu 80 Kilometer gesteigert worden sein soll. Der Radfahrer fuhr auf der rechten Seite; als der Angeklagte mit seinem Bosch-Scheinwerfer ihn sah, bremste er scharf und steuerte nach links. Es war aber zu spät. Der Radfahrer wurde von der Maschine erfasst, das Auto drehte sich durch das scharfe Bremsen um sich selbst und flog in den Chausseegraben, wo es zertrümmert liegen blieb. Der Arzt selbst wurde gegen einen Baum gequetscht, dann bei der Kurvenfahrt des Autos mitschleift. Er war sofort tot. Das Schöffengericht Charlottenburg hatte angenommen, daß der Angeklagte aus einer Schwarzfahrt befunden habe und hatte als besonders erschwerend das schnelle Fahren angerechnet. Deshalb lautete die Strafe auf 1 1/2 Jahre Gefängnis. In der Berufungsverhandlung, die vor dem Landgericht III stattfand, trat Rechtsanwalt Dr. Martuse den Beweis an, daß der Angeklagte nur im Interesse für seinen Wagen eine Probefahrt unternommen habe, und er bezitt auch, daß der Angeklagte unbedeutend schnell gefahren sei. Nach eingehender Beweisaufnahme, in der auch eine Erläuterung der Unfallstelle dem Gericht vorlag, kam die Strafkammer zu der Ueberzeugung von der Schuld des Angeklagten. Es wurde angenommen, daß er nicht die nötige Aufmerksamkeit beachtet habe, somit hätte er bei dem starken Scheinwerfer schon aus weiterer Entfernung bemerken müssen, daß auf der Landstraße ein Radfahrer eingebogen war. Er hätte rechtzeitig bremsen und links vorbeisteuern können. Eine zu große Geschwindigkeit nahm das Gericht nicht an, denn auf der offenen Chaussee könnte er schneller fahren. Aber gerade diese schnelle Fahrt mußte dem Angeklagten eine besondere Aufmerksamkeit einschärfen. Offenbar hatte er den Kopf verloren und war nach links gesteuert, als es zu spät war. Da der Angeklagte aber nicht zu seinem Vergnügen, sondern aus Interesse für den neuen Wagen gefahren war, hielt das Gericht neun Monate Gefängnis.

Das Rundfunkprogramm.

Mittwoch, den 25. Februar.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
3.30 Uhr nachm.: Die Funkprinzessin erzählt: Von Engeln und Teufeln. II. Folge. 1. Mutter Marias Pfingekind, Thea v. Harbou. 2. Was der Bauer Jochen zwischen Ostern und Weihnachten erlebte, Thea v. Harbou. (Die Funkprinzessin: Adele Prossler). 4.30—6 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Funkkapelle). 6.40 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule. (Abteilung Bildungskurse). Handel. Privathandelslehrer Franz Fischer: „Grundzüge des Wechselwesens“. 5. Vortrag: „Besondere Formen des zozogenen Wechsels“. 7 Uhr abends: Dr. R. W. Schulte: „Leistungsteigerung durch Turnen, Spiel und Sport“. 8 Uhr abends: Karl Brammer von der Pressestelle des Anwaltigen Amtes: „Der Rundfunkhörer am Rundfunkende“. 8.30 Uhr abends: Lilleneron: 1. a) Auf dem Kirchhof, b) Wer weiß wo? (Schlacht bei Kollin, 18. 6. 1757), c) Wiebke Pogwisch, d) Ein Geheimnis (Frits Soot, Rezitation). 2. a) Auf dem Kirchhof, Brahms, b) Wiegenlied, Erich Wolf, c) Einen Sommer lang, Erich Wolf (Maryla von Wolley, Sopran). 3. A-Dur-Quartett, Schumann, Andante expressivo — Allegro molto moderato — Assai agitato — Adagio molto — Finale — Allegro molto vivace (Max Post erste Violine; Willi Post, zweite Violine; Artur Post, Viola; Richard Post, Cello). 4. a) Auf der Kasse, b) Trotzköpfe, c) Handkull, d) Das Haupt des heiligen Johannes an der Schlüssel, e) Das Gewitter, f) Rondel, g) Ich und die Rosen warten (Frits Soot). 5. a) Glückes genug, Reger, b) Sehnsucht, Strauß, c) Mit der Pinasse, Schillings (Maryla von Wolley). Am Flügel: Otto Urak. Anschließend: Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theatervorstellung.

nis für eine ausreichende Sühne. Der Haftbefehl wurde auch aufgehoben.

Ein weiteres Verfahren im Anschluß an ein Straßenunfall mit tödlichem Ausgang, das sich gegen den Straßenbahnfahrer Starke wegen fahrlässiger Tötung und Körperverletzung richtete, beschäftigte gestern das Schöffengericht Mitte. Es handelte sich hierbei um den schweren Straßenbahnunfall an der Ecke der Hufschmied- und Voltairestraße vom Oktober vorigen Jahres, bei dem der Tod einer Person und die Verletzung von 14 Personen zur Folge gehabt hatte. Der verhängnisvolle Unfall ereignete sich dadurch, daß beim Einbiegen der Straßenbahn in die Kurve der Anhängerwagen aus dem Gleise sprang, umkippte und eine gerade auf der Straße stehende Frau Kutner unter sich begrub. Die Verletzten waren Fahrgäste, die mehr oder minder schwere Verwundungen davontrugen und zum Teil heute noch leidend sind. Starke wurde zur Last gelegt, daß er zu schnell in die Kurve gefahren und nicht rechtzeitig gebremst hätte. Die Bremse war in Ordnung befunden worden. Es entspann sich eine längere Erörterung über die Beschaffenheit der Bremse. Die Sachverständigen wiesen entlastend darauf hin, daß die Ausübung der Führer schlechter und kürzer gewesen wäre als heute. Auch der Zustand der Kurven war sehr schlecht. Beide Ränge, Folgen der Inflationzeit, seien heute beseitigt. Der Angeklagte erschien aber den Sachverständigen trotzdem schuldig, weil er bei dem schadhafte Zustand der Kurven eine größere Umsicht und rechtzeitige Bremsung vornehmen mußte. Unter diesen Umständen wäre der Unfall vermieden worden. Entgegen dem Strafantrag von 1 1/2 Jahren Gefängnis erkannte das Gericht auf 6 Monate Gefängnis.

Ein Schulskandal.

Was ein Schul-„Unternehmer“ sich leisten darf.

Die folgenden haarsträubenden Zustände an einer Privatschule werden uns von unterrichteter Seite geschildert:
In der Weidenburger Straße 2 befindet sich eine private höhere Knabenschule. Der Unternehmer, Adolf Ohnschiede, besitzt zwar nicht die wissenschaftliche Befähigung zur Leitung einer höheren Schule, aber der Referent für das Privatschulwesen hält offenbar seine schützende Hand über ihn. Wirtschaftliche Kämpfe zwischen Unternehmer (Direktor) und Angestellten (Lehrern) sind dort an der Tagesordnung; aber die Mittel, mit denen dieser Kampf zurzeit vom Unternehmer geführt wird, sind doch bisher in der Geschichte des preussischen Schulwesens als räuberische noch nicht dagewesen. Ein Hausvertrag, der vom Zentralverband getätigt ist, gibt dem Dommann ziemlich weitgehende Rechte; aber was nützt ein Vertrag gegen den, der keine Verträge hält? Herr D. kündigt unter offener Verletzung des Vertrages Ende Dezember sämtlichen Angestellten einschließlich des Dommanns ohne Angabe eines Grundes. Das vertraglich vorgesehene Schiedsgericht tritt zusammen. Herr D. erscheint mit einem Rechtsanwalt, der das Schiedsgericht ausdrücklich anerkennt; dem Unternehmer wird eine Frist von sechs Tagen gelassen, die ungeschlichen Kündigungen zurückzunehmen. Die erwartete Erklärung erfolgt nicht. Statt dessen entläßt Herr D. den Dommann fristlos, trotzdem dieser zwanzig Jahre an der Anstalt tätig gewesen und darüber alt und grau geworden ist. Die Gründe, die er für diese Befehlsmäßigkeit angibt, sind nichtsagend und um so weniger beweiskräftig, als D. bisher jeden D. Mann fristlos entlassen hat, ohne jemals seine Berechtigung dazu nachweisen zu können. Statt des Entlassenen stellt er einen Studienassessor (?) ein, ebenfalls gegen die Bestimmungen des Vertrages. Endlich erhöht er gleichzeitig — ebenfalls vertragswidrig — das Gehalt um 2 R. und vermehrt dadurch sein Einkommen, das ohnehin schon mehr als fürstlich ist, um tausend Mark monatlich. Damit entläßt er gleichzeitig den Zweck aller seiner Gehaltsverordnungen. Endlich kündigt er — diesmal im Rahmen der Bestimmungen — den ganzen Vertrag und will — wiederum vertragswidrig — die Lehrer zum Abschluss von Einzelverträgen zwingen. Als das Schiedsgericht nun seinen endgültigen Spruch fällen will, läßt Herr D. im letzten Augenblick dem Vorsitzenden durch seinen Rechtsanwalt mitteilen, daß er das ganze Schiedsgericht nicht anerkennt. Rechtsverletzung, Betriebsrätegesetz, Vertrag, das sind Dinge, die einen tüchtigen Schlichter nicht binden. Und die Schulaufsichtsbehörde sieht diesem Treiben mit verärgerten Armen zu. Herr D. erzieht ja die ihm anvertrauten Kinder in „deutschem“ und „religiösem“ Sinne. Ein geschickter Staatsanwalt würde daraus Leistungswucher, verläßt und vollendete Räderei, wissenschaftliche Unschicklichkeit machen. Dagegen aber schützt Herrn D. seine Zugehörigkeit zur Deutschnationalen Partei. Und wie sieht es mit der Umsicht des Herrn D.? Man frage das Finanzamt.

Das Faschingsballet.

Ein geradezu nicht alltäglicher Zwischenfall ereignete sich auf einem Kassenmontagefest in Rathenow. Gegen Mitternacht betrat eine weibliche Nabe den Saal, in dem Kerzen ein großes Ballet. Schürtröde ging die maskierte Gestalt auf eine jungverheiratete Konfirmandin zu und überreichte ihr das Ballet. Beim Drehen fand die erschrockene Frau einen etwa 1 1/2-jährigen Knaben. Es war das uneheliche Kind ihres Ehemannes, der ihr artifizierend das Liebespand veräußert, aber auch nicht für das kleine Kind gesorgt hatte. Natürlich kam es zu einer Scene. Rianand wollte das Kind in dem festlichen Trübel behalten, bis schließlich die Polizei das Kind zur Wache mitnahm. Später hat der Vater den Knaben von der Wache fortgeholt und ihn zu sich genommen.

Landpflegetellen für Schulklassen.

Auch in diesem Jahre besteht, wie das Bezirksamt Pantow mitteilt, die Möglichkeit, Schulklassen, erholungsbedürftige Knaben und Mädchen von 14 bis 16 Jahren, auch solche, die zu Eltern aus der Schule entlassen werden, vom April bis zum Herbst dieses Jahres aufs Land zu verschicken. Die Unterbringung erfolgt in Landpflegetellen im Inland. Bedingung ist, daß die Betreffenden nicht krank sind, sondern nur zu schwächlich, um schon in die Lehre zu treten. Beteiligten können sich auch solche Jugendlichen, die sich noch nicht in einem Lehr- oder Arbeitsverhältnis befinden und von Hause obdämmlich sind. Sie werden in geprüfte Landpflegetellen überwiesen, wo Verpflegung und Unterbreiten vollständig unentgeltlich sind. Es ist lediglich ein ermäßigtes Reisegeld von den Eltern zu zahlen. Von den Jugendlichen sind in den Pflegetellen leichte, ihrem Alter und ihrer körperlichen Entwicklung angepaßte Arbeiten zu verrichten. Anmeldungen werden werktäglich von 8 bis 1 Uhr im Jugendamt Pantow, Neue Schönholzer Straße 35, III, Zimmer 101, entgegengenommen, wobei auch die näheren gedruckten Bedingungen verabfolgt werden.

Wegen Beschimpfung der Republik wurde der verantwortliche Redakteur der „Roten Fahne“, Wilhelm Liefke, vom Schöffengericht Mitte zu 300 R. Geldstrafe verurteilt. Beantwortet war ein Romal Gefängnis. Die strafbare Handlung wurde in einem Artikel mit der Überschrift: „Die Verhältnisse in dieser Republik sinken zum Himmel“ gefunden.

Sprecherabend. Der bekannte erkrankte Leiter Prof. Hanns Rechner erzählt am Freitag, den 27. 2., abends 8 Uhr, in der Aula der Rathenow-Schule, Reußen, Raddinberg, Erbes und Heiters aus seinem Leben. Der Besuch kann dringend empfohlen werden. Eintrittspreis für Mitglieder der Kunstgenossenschaft 50 Pf., Gäste 75 Pf.



Motorbootpersonenverkehr in Berlin: Ein altes Projekt.

Kauerhings wird wieder einmal nach Jahren das Projekt eines Motorbootpersonenverkehrs auf dem Landwehrkanal und der Spree erörtert. Es ist geplant, durch 6 Linien Verbindungen teils durch die Stadt, teils nach Treptow und zur Jungfernheide-Blüthensee zu schaffen. Die Linien sollen so laufen, daß ein Passieren von Schleusen nicht in Frage kommt. Wie die Reichszentrale für Deutsche Verkehrsverbände vom Städtischen Verkehrsamt erfährt, würde man hier dem Plan an sich wohlwollend gegenüberstehen, doch wird die Rentabilität bezweifelt. Es erscheint charakteristisch, daß z. B. in Paris, wo ein ähnlicher Dampferverkehr von der Omnibusgesellschaft auf der Seine durchgeführt wird, der Betrieb nur durch erhebliche Subventionen aufrechterhalten werden kann. Wenn die Motorboote eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 12 bis 15 Kilometern (entsprechend der ungefähren Durchschnittsgeschwindigkeit der anderen Verkehrsmittel) erreichen sollen, so wären die Betriebskosten und der Verschleiß so erheblich, daß ein Fahrpreis von 10 Pf., wie vorzugehen, sehr fraglich erscheint. Der hier angebrachte Vergleich mit den Fahrpreisen der „Boog“, die nach sachmännischer Ansicht einen weitaus geringeren Aufwand und Verschleiß hat, müßte für die Motorboote in Hinsicht auf die Preisstellung nachteilig ausfallen. Auch die Frage der Frequenz des neuen Verkehrsmittels erscheint zweifelhaft. Wenn auch unterhalb und oberhalb der Spree zahlreiche Fabriken sich befinden, so liegen doch die Ausgangspunkte der Linien (Tiergarten, Mühlendamm) in der Stadt viel ungünstiger.

Der „neue Kurs“ in den Schulen.

Die Umgestaltung der Alt-Berliner Realschulen.

Die Magistratsvorlage über die Verlegung des fremdsprachlichen Anfangsunterrichts von der 4. in die 6. Klasse in den 16 Alt-Berliner Realschulen ist von der Stadterordnetenversammlung am 29. Januar angenommen worden. Da verschiedene bürgerliche Stadtverordnete mit der SPD. gegen die Vorlage stimmten, wäre sie abgelehnt worden, wenn nicht die Kommunisten sie angenommen hätten.

Daß der Magistrat die Vorlage überhaupt vorzulegen wagte, ist von symptomatischer Bedeutung und zeigt, daß er nach dem Abbau Pausens schulpolitisch das Steuer scharf nach rechts zu wenden begreift. Denn die mit den Alt-Berliner Realschulen gemachten Erfahrungen haben die Erwartungen ihres Gründers, des Stadtschulrats Bertram, gerechtfertigt. Die zwölfjährigen Schüler lernen das Französische schneller, weil die übrigen Wissensgebiete dann weniger Zeit erfordern, und mit mehr Erfolg, weil ihr Urteil entwickelter ist. Der Magistrat hat die Verlegung des fremdsprachlichen Anfangsunterrichts von der 4. in die 6. Klasse mit der Neuordnung des höheren Schulwesens begründet. Da aber in allen höheren Schulen die Zahl der Unterrichtsstunden für die Schüler herabgesetzt worden ist und da eine Verminderung im Deutschen, in Erdkunde und in Geschichte nicht in Frage kommt, müssen in den Realschulen die neueren Sprachen oder die mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer das Opfer bringen. Der Minister Boellig hat nun in dem Realgymnasium eine Verringerung der Zahl der Wochenstunden in der Mathematik und den Naturwissenschaften angeordnet, in der Oberrealschule und der Realschule aber eine solche in dem Französischen und dem Englischen. Somit ist auch in den Realschulen von Alt-Berlin die Herabsetzung des fremdsprachlichen Unterrichts durchaus mit den Grundgedanken der Neuordnung und der Stundenabteilung des Ministers a. D. vereinbar. Ich habe dies in einem Aufsatz der Berliner Lehrerzeitung (Nummer vom 28. November 1924) näher begründet; die ganze Berliner Lehrerschaft hat sich in einem allen Stadtverordneten übersandten Schreiben meine Ausführungen zu eigen gemacht und die Magistratsvorlage als „unsozial“ und „unpädagogisch“ bezeichnet. Der Magistrat hat sie ferner damit begründet, daß der Durchschnitt unserer Schüler tatsächlich unter der Last des Quartals aufgehäuften französischen Lehrstoffes einfach zusammenbrechen. Das ist insofern falsch, als der in den anderen Realschulen in den drei untersten Klassen durchgenommene französische Lehrstoff in der 4. Klasse der Alt-Berliner Realschulen nicht vollständig durchgenommen, sondern auf die 4. und die 5. Klasse verteilt wird; in diesen haben die Schüler eine vermehrte Stundenzahl, nämlich acht statt sechs. Wenn der Durchschnitt der Schüler in der 4. Klasse unter der Last des französischen Lehrstoffes zusammenbrechen würde, so würden sicherlich die Eltern ihre Kinder lieber in eine Volksschule schicken als in eine Realschule. Es ist aber das Gegenteil der Fall. Die Gymnasien und die Realgymnasien sind viel schwächer besucht als die Realschulen, in die aus Mangel an Platz viele Knaben nicht aufgenommen werden können. In seiner Eingabe hat der Berliner Lehrerverband mit Recht dargelegt, daß die von dem Magistrat vorgeschlagenen Förderklassen, in denen die Schüler in zwei Jahren die Reife für die 3. Klasse erreichen sollen, „völlig unzureichend“ sind. Die Knaben, die 6 Jahre die Volksschule besucht haben und jetzt schon in die 4. Klasse aufgenommen werden können, verlieren ein ganzes Jahr. Verschlechtert ist die Vorlage noch durch die Annahme des demokratischen Vorschlags, daß bei der Entscheidung über die Aufnahme in die Förderklassen nicht nur die Volksschullehrer, die die Knaben aus jahrelangem Unterricht genau kennen, sondern auch die Lehrer der höheren Schulen mitzubestimmen haben. Glaubt denn irgendein Stadtverordneter wirklich, ein Studentat könne sich durch eine Prüfung von einigen Minuten ein besseres Urteil über die Schüler bilden, als wenn er sie ein Jahr lang unterrichtet hat? Denn nach der Vorlage sollten die Lehrer der höheren Schulen über die Befähigung der Schüler für den Besuch der Realschule erst nach einem Jahr bei ihrer Verlegung in die nächsthöhere Klasse ihr Urteil fällen.

Ich bin der Ansicht, daß über die Lehrverfassung der höheren Schulen nicht nur die Eltern gehört werden sollen, die ihre Kinder eine höhere Schule besuchen lassen oder besuchen lassen wollen, sondern auch die, welche dies nicht tun wollen oder nicht die Mittel dazu haben. Hamburg hat nicht eine besondere Elternkammer für die höheren Schulen und eine besondere für die Volksschulen, sondern eine einzige für alle Schulen. Man frage also die Eltern der Volksschüler, ob sie es lieber sehen, wenn von ihren Kindern schon nach 4 Jahren die, welche eine höhere Schule besuchen sollen, abgefordert werden, oder ob sie es lieber sehen, wenn beide Gruppen noch zwei weitere Jahre zusammen unterrichtet werden. Bertram sagte in seiner bereits erwähnten Denkschrift: „Der vorzeitige Abgang dieser Elemente (nämlich der eine höhere Schule besuchenden Kinder) raubt den in der Gemeindschule zurückbleibenden Kindern den Verkehr mit den eine Stufe höher stehenden und mindert den Einfluß der Volksschule auf die gegenseitige Verbindung der verschiedenen Gesellschaftsklassen.“ Das war die Ansicht des Berliner Stadtschulrats vor 40 Jahren, als es noch keine Vorschulen gab und als die Reichsverfassung noch nicht die Bestimmung enthielt,

daß auf einer für alle gemeinsamen Grundschule das mittlere und das höhere Schulwesen aufgebaut werden soll. Aus meinen Ausführungen geht hervor, daß es sich nicht um die Beseitigung eines Uebelstandes in dem Interesse „der normal Begabten handelt, die bald zum Scheitern verurteilt sind“. Es handelt sich vielmehr um die Beseitigung einer seit 40 Jahren bestehenden fortschrittlichen Einrichtung, auf die Berlin immer stolz gewesen ist. Nachdem in den letzten sechs Jahren die wertvolle Bewässerung und ein großer Teil der Lehrerschaft die Einheitschule oder doch wenigstens die Ueberbrückung der Kluft zwischen den höheren Schulen und den Volksschulen gefordert haben, soll in Berlin eine Einrichtung beseitigt werden, die den begabten Volksschülern noch nach 6 Jahren den Uebergang auf eine höhere Schule ohne Zeitverlust ermöglicht, also eine Vorstufe der sechsjährigen Grundschule ist.

Dr. Erich Witte.

Die Postanweisung.

Herr Dr. B. aus Schöneberg schickt an Fräulein Hilde B. in der Brückenallee 244, 10. W. und Fräulein Hilde B. wundert sich, daß sie das Geld nicht bekommt. „Aber ich bitte Sie, ich hab's doch vor ein paar Tagen schon abgeholt!“ erklärt Herr Dr. B. am Telefon. „Es geschah doch keine Zeichen und Wunder mehr...“ „Rein — aber Berührungen leider sehr häufig. Doch der künftige Geißler, früher bei der Post, ist kein „schlechter Mensch“. Ein Psychopath, geistig minderwertig, meint der medizinische Sachverständige, der ihn in Dollberg behandelt hat. „Am Verleben dieser Leute sind die Hemmungen nicht sehr stark.“ Ein Opfer des Krieges! Unintelligenz, moralische Mängel, Gedächtnisschwäche.

„Ich kann mich auf Einzelheiten nicht mehr besinnen; ich weiß gar nicht, wie das kam. Entkartungsraum — Postanweisung — nehme ich — Quittung — holte das Geld ab —“

Mühsam entwirrt sich Sogbild für Sogbild dem müden Hirn. Er will nicht wissen, „wie's kam“, er will auch nicht wissen, was das Geld geblieben ist, und doch hat man den Eindruck unbedingter Ehrlichkeit. Selbst der Staatsanwalt plädiert für mildernde Umstände: acht Monate Gefängnis.

Auf sechs Monate kommen die Schöffen. Vorläufige Strafverurteilung, da ein Rentenverfahren für den Schwerkranken im Gange ist — der Mann wird nie sitzen.

Zu dem Autabus-Unglück am Söhw-Ufer, das sich am 8. Januar ereignete, wird uns noch mitgeteilt, daß an der Unfallstelle eine silberne Zylinderuhr ohne Kette gefunden worden, deren Eigentümer bis jetzt noch nicht ermittelt werden konnte. Es handelt sich um eine alte silberne Zylinderuhr mit der auf dem Zifferblatt befindlichen Aufschrift: „Vrequet-Paris“. Der rechtmäßige Eigentümer, der sich als solcher ausweisen muß, kann die Uhr bei der Kriminalpolizei des Polizeiamts Tiergarten, Klopffußstraße 20, im Zimmer 18 in Empfang nehmen.

Die neue Verkehrsordnung und die Bodler. Die Bestimmung des § 13, Abs. 1, der Polizeiverordnung vom 6. Januar 1925, betreffend die Neuordnung des Berliner Straßenverkehrs, wonach in Verkehrsstraßen L. Ordnung das Fahren mit Zweirädern jeder Art verboten ist, tritt am 1. März noch nicht in Kraft. Der Zeitpunkt der Inkraftsetzung wird später bekannt gegeben werden.

Ein neuer Verkehrsplan von Berlin mit farbiger Unterzeichnung der Straßen 1. und 2. Ordnung sowie der Eisenbahntrassen und vollständigen Verkehrsnetz ist soeben im Verlage der Landkartenhandlung Richard Schömann, Jägerstr. 61, erschienen. Mit Hilfe des beigegebenen sehr übersichtlichen Planes ist es jedem Kraft- und Radfahrer möglich, sofort verbotene und freie Straßen zu erkennen.

Das Met-opol-Variété bringt unter der künstlerischen Leitung Siegmund Klatows auch diesmal wieder ein sehr gut zusammengestelltes Programm heraus. Die Donatortaktion bildet der angesehenste italienische Opernkomponist Nicolo G. u. d. e. dessen Klängen und Schmelzeit verblüffend wirken. Als ganz hervorragend auf dem Gebiete der Opernkunst müssen die 3 Helms in ihrer Neuheit gelten. Kalia Bartina als Hauptdarstellerin sowie der Barocke Laforce mit Dobby Teiffon, ebenso Viktor Wund und London senden ihrem „König“ Berlin die besten Wünsche. Klatow hat eine sehr humoristische Laune und erlangt rechtliche Reife. Ten Schin bildet das bekannte Hamantrio in seinem musikalischen Akt.

„Tom Leib des Eselers“. Dr. E. Kauerer spricht über dieses Thema am Donnerstag, den 26. Februar, 8 Uhr, im Saal des Sozialwissenschaftlichen Klubs, veranstaltet vom Deutschen Konfessionsbund, Kutschendamm 10.

Der Stelungsabend 'n Jeshendel, auf dem Oberrenterungsrat Hirsch und Bürgermeister Viktor Kood sprechen werden, findet am Montag, den 2. März (nicht Sonnabend, den 28. Februar) statt.

Mit aufgepflanztem Zeitgewehr!

München, 21. Februar. (Eigener Drahtbericht.) In Kempten im Allgäu kam es auf einem Wall in der Sommerstraße zu schweren Zusammenstößen zwischen Reichswehrsoldaten und Reichsgeräten. Im Verlauf der blutigen Schlägerei holte ein Feldwebel morgens um 1/5 Uhr aus der Kaserne eine Abteilung Soldaten mit Stahlhelmen und mit aufgepflanztem Zeitgewehr und ließ die Zivilpersonen festnehmen und nach der Wache der Kaserne bringen. Auf beiden Seiten gab es Schwerverletzte.

Jugendveranstaltungen.

Abend, Bezirksverbandemitglieder! Morgen, Donnerstag, abend 8 Uhr, zentral, Bezirksverbandemitglieder im Besonderen des Jugendbundes, Lindenstraße 2.

Abend, Abteilungsleiter! Berlin, Mittwoch, von 7-11 Uhr, Abrechnung der Expedition, Ausgabe des „Jugend wozu“ für den Monat März.

Heute, Mittwoch, den 25. Februar, abend 7 1/2 Uhr:

Jugendgruppen und Jugendorganisationen der Stellung Witten. Unter Jugendgruppen Karl Wacker ist nach kurzer Anwesenheit plötzlich verstorben. Die Einäscherung findet heute, Mittwoch, den 25. Februar, nachmittags 1/5 Uhr, in Hiltensdorf im Krematorium Berliner Straße statt. — Gebt dem Jugendbundes den besten Gruß!

Wittener Schule Kutschendamm, Ecke Antonstraße, Vortrag: „Zucht und Vorkurs“. — Wittener: Jugendheim Charlottenburger, Ecke Hiltensdorf, „Zucht- und Vorkurs“. — Köpenick: Jugendheim Reichendamm, Ecke 66, Hermann-Lübke-Weg. — Köpenick: Schule Schulstraße, Dörfelstraße, Mühl und Straße in der S. 3. — Köpenick: Jugendheim Hiltensdorf, Vortrag: „Kulturrevolution“. — Wannsee: Schule Charlottenstraße, Mitgliederversammlung. — Köpenick: Jugendheim Volkstraße, Vortrag: „Wasum brauchen wir Anführer?“ — Köpenick: Schule Schulstraße, Ecke Berliner Str. 11, Vortrag: „Entwicklung der Menschheit“. — Köpenick: Jugendheim Berliner Str. 4, Vortrag: „Moses oder Darwin?“. — Köpenick: Schule Schulstraße 22, Vortrag: „Köpenick und seine Berge“. — Köpenick: Jugendheim Hiltensdorf, 105, Vortrag: „Sozialismus“.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind Berlin S. W. 66, Lindenstraße 2.

1. Kreis Friedrichshagen. Abteilungsleiter der Elternbeiträge! Donnerstag, den 26. Februar, 7 1/2 Uhr, bei Wittich, Petersburger Str. 5, gemeinsame Sitzung mit der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Elternbeiträge, Jungmuttergruppen und Kindergruppen werden gebeten, Teilnehmer zu entsenden. Die Abteilungsleiter haben ihre Berichte auf diese Sitzung am besten zu lesen.
2. Kreis Köpenick. Donnerstag, den 26. Februar, 7 1/2 Uhr, bei Wittich, Lindenstr. 22, Sitzung des Kreisabteilungsleiters mit den Abteilungsleitern und interessierten Eltern und Schwestern des Kreisverbandes. Tagesordnung: Vorbereitungen zur Wähler- und den anderen Veranstaltungen dieses Jahres.
3. Kreis Hiltensdorf. Der Bildungsausschuss trifft sich heute abend 8 1/2 Uhr am Sozialismus zu einer Besprechung. Donnerstag abend 8 Uhr in der Oberrealschule Hindenburgstraße (Riesenschule), Erdgeschoss, 2. Obergeschoss des sozialistischen Seminars. „Kampf des Sozialismus“. Ref.: Gen. Wagnar.
4. Kreis Köpenick. Donnerstag, den 26. Februar, 7 1/2 Uhr, im Kaiser-Friedrich-Kreis, Kaiser-Friedrich-Str. 210, Volleröffnung der sozialistischen Elternbeiträge, Lehrer und Elternbeiträge der Ufa „Schulbau“. Vortrag über „Schülerentwicklung“.
5. Kreis Hiltensdorf-Ost. Donnerstag, den 26. Februar, abend 8 Uhr, in der Aula des Reichsanstalts, Hindenburg-Str. 210, Berner Str., Sprechstunde-Abend. (Prof. Hans Fischer.) Geben und Begeben aus einem Schülerleben: Erinnerungen aus Wittich, Erinnerungen aus der Wittichener Studienzeit und Erinnerungen an Wittich, die ich mache. Während der Vorträge zu Lichtbildern aus eigenen Werken. Kreis der Schriftsteller im Vorverkauf 60 Pf., an der Abendkasse 70 Pf. Karten sind zu haben in den bekannten Verkaufsstellen und an der Abendkasse.

Heute, Mittwoch, den 25. Februar:

13. 10. 7 1/2 Uhr im „Kutschendamm“, Verkehrsstr. 20, Mitgliederversammlung. Vortrag des Genossen Witten über: „Die politische Lage“.
14. 10. 7 1/2 Uhr Schule Hiltensdorf Str. 3, Mitgliederversammlung. Vortrag des Genossen Witten über: „Die Aufwertungsfrage im Rahmen der Gesamtalltag“.
15. 10. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in der Aula der katholischen Schule Hiltensdorf Str. 67. Ref.: Genosse Paul Sanger „Die Genossenschaftsbewegung“.
16. 10. 10 1/2 Uhr Mitgliederversammlung bei Kaufner, Hiltensdorf-Str. 20.
17. 10. Hiltensdorf, 8 Uhr erweiterte Vorstandssitzung bei Prof. Hiltensdorf Str. 60. Tagesordnung: 1. Organisationsfragen, 2. Vorbereitung zur Vorbereitungs- und Besprechungs.
- Köpenick. 7 1/2 Uhr Funktionärskonferenz bei Gebauer, Hiltensdorf-Str. 19.

Morgen, Donnerstag, den 26. Februar:

17. 10. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im „Petersburger Hof“, Petersburger Str. 24. Thema: „Aufwertungsfrage“. Referent: Genosse Dr. von Ungern-Sternberg.
18. 10. Köpenick. 8 1/2 Uhr bei Prof. Gebauer, 17, Besprechung der Reichsanstaltsleiter. Vortrag des Genossen Witten: „Die Bedeutung der Konsumgenossenschaftsbewegung für die Arbeiter“.
19. 10. Hiltensdorf, Donnerstag, 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung, Vorstand, Hiltensdorf, Köpenick, Thema: „Wahl- und Wählerrecht in der Provinz“. Referent: Genosse Witten. Sprechstunde-Abend. Sprechstunde durch Wittich eingeführt werden.
19. 10. Hiltensdorf. Vorstandssitzung beim Genossen Kauerer, Hiltensdorf-Str. 19.

Frauenveranstaltung am Donnerstag, den 26. Februar:

18. 10. Hiltensdorf-Ost. 7 1/2 Uhr Gebet, Hiltensdorf, 48, Vortrag des Genossen Witten: „Das Jugendwohlfahrtsproblem“.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

1. 10. Die Einäscherung unserer verstorbenen 11-jährigen Jugendgenossen Karl Wacker, Hiltensdorf-Str. 2, findet Mittwoch, den 25. Februar, nachmittags 1/5 Uhr, im Krematorium Hiltensdorf statt.
2. 10. Genosse Heinz Schömann, Götterstraße 8, ist verstorben. Einäscherung Donnerstag, 25. Februar, im Krematorium Hiltensdorf.
3. 10. Köpenick. Die Einäscherung des am 22. Februar verstorbenen langjährigen Genossen Karl Witten findet Donnerstag, den 26. Februar, 4 Uhr, im Krematorium Baumgartenweg statt.

Vorträge, Vereine und Versammlungen

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“

Gesellschaft Berlin S. W. 14, Götterstr. 37/38, Hof 3. Ein Kameradschaftsabend wird unterhalten. An dem am Mittwoch, den 25. Februar, stattfindenden Kameradschaftsabend werden auch die Kameradschaften und alle anderen Gruppen der Götterstr. 37/38 teilnehmen. Vorführung des Reichsbanners. — Kameradschaft Friedrichshagen, Donnerstag, den 26. Februar, abend 7 1/2 Uhr. Vortrag des Genossen Witten: „Wahlrecht in der Provinz“. — Kameradschaft Hiltensdorf, während der Durchführung am Freitag, den 27. Februar, abend 8 bis 10 Uhr, in der Turnhalle der Oberrealschule, am Separat, Vorführung des Reichsbanners durch den Hauptorganisator Witten. Die Zug- und Gruppenführer haben ein und sorgen für zahlreiche Besuche.

Arbeiter-Kameradschaft G. U. Kolonnen Berlin G. U. Sonntag, den 2. März, nachmittags 3 Uhr, Hauptversammlung im Kolonnenhof, Hiltensdorf-Str. 11/12. Kurze und Mitgliederliste legitimieren zum Eintritt.

Bereinigung für Schul- und Erziehungsfragen, Berlin-Treptow. Im Rahmen der 6. Kreisversammlung, Hiltensdorf-Str. 18, 3. Etz., am Freitag, den 27. Februar, 8 Uhr, Regionalversammlung: „Deutsche Wäckerlein.“ (Reibel, Hiltensdorf) Eintritt frei!

Haarwäsche

Eine Firma, die ein Haarwäschesalz herstellt, hat kürzlich in Zeitungsinseraten behauptet, daß Shampooe auf das Haar ungünstig wirken. Diese Behauptung trifft für das älteste und bekannteste Kopfwäschesalz, das seit 22 Jahren bewährt und von Millionen Verbrauchern dauernd benutzt „Shampoo mit dem schwarzen Kopf“ nicht zu und ist daher irreführend. Dieses Präparat enthält keine das Haar schädigenden Bestandteile und seine Vorzüge sind unübertroffen. Als Haarspezialisten bekannte ärztliche Autoritäten bestätigen die absolute Unschädlichkeit des

„Shampoo mit dem schwarzen Kopf“.

Die gegenteiligen unwahren Behauptungen sind durch einstweilige Verfügung des Amtsgerichts Berlin-Mitte Nr. 76 G. 22 25 als unzulässiger Wettbewerb gekennzeichnet; sie unterliegen gerichtlicher Verfolgung! Lassen Sie sich also nicht täuschen, sondern verlangen Sie, wie seit langen Jahren, ausdrücklich das an Güte unübertroffene „Shampoo mit dem schwarzen Kopf“. Alleiniger Hersteller: Hans Schwarzkopf, Berlin-Dahlem.

Wichtig ist, daß Sie beim Einkauf den Zusatz



„mit dem schwarzen Kopf“ besonders betonen.

Kinderzeitung „Der kleine Coco“ gratis

1/2 Pf nur 50 Pf

Kinderzeitung „Der kleine Coco“ gratis

Rammma

Margarine

buttergleich

Neu erschienen: „Fips Lachzeitung für liebe kleine Kinder“.

Die gesprengte Gerichtsverhandlung.

Die Verteidiger appellieren an den Reichsjustizminister.

Nach der zwangsweisen Abhiebung des Verteidigers Samter trat eine Pause ein. Erst gegen 1/3 Uhr nachmittags wurde unter allgemeiner Spannung die Sitzung wieder eröffnet. Rechtsanwält Dr. Samter war zwar im Gerichtsgebäude anwesend, verzichtete aber darauf, den Sitzungssaal zu betreten. Rechtsanwält Dr. Rosenfeld gab darauf im Rahmen der Gesamterverteidigung folgende Erklärung ab:

„Die in diesem Prozeß amtierenden Verteidiger haben auf verschiedenem Wege entgegengelegte Interessen der Angeklagten zu vertreten und sie beurteilen die Vorfälle, die zu den Maßnahmen des Herrn Vorsitzenden gegen einen Verteidiger geführt haben, verschieden. Die Gesamterverteidigung ist aber darin einig, daß die Erklärung des Herrn Präsidenten, daß ein Verteidiger die Rechte des Verteidigers verwirkt habe und die Anordnung, daß dieser Verteidiger abzuführen sei, gegen die Interessen der Angeklagten und gegen die Rechte der gesamten Anwaltschaft verstößt. Die Gesamterverteidigung fühlt die schwere Verantwortung, die infolge dieser Vorgänge auf ihr ruht, sie hält sich für verpflichtet, bei den zuständigen Stellen deshalb vorstellig zu werden. Der Herr Präsident wird deshalb gebeten, die Verhandlung bis Donnerstag früh auszusetzen.“

Vors.: Herr Rechtsanwalt, haben Sie dazu eine Antwort zu geben?

Rechtsanwalt Neumann: Ich sehe irgendeinen Grund zur Aussetzung der Verhandlung nicht ein. An welche zuständige Stelle die Verteidigung sich wenden will, ist mir unklar. Es handelt sich hier um Vorgänge der Rechtsprechung, die unabhängig ist und keinerlei Angriff, von welcher Seite er auch kommen mag, ist geeignet, irgendwelchen Einfluß auf die Entscheidungen des Präsidenten oder des Gerichtshofes zu treffen.

R.-A. Dr. Rosenfeld: Die Verteidigung ist sich darüber schlüssig geworden, an welche Stellen sie sich wenden will. Im übrigen habe ich meiner Erklärung nichts hinzuzufügen und möchte nur persönlich die Bitte aussprechen, daß der Schritt der Anwaltschaft zur Beilegung des Konflikts nicht dadurch verhindert wird, daß man uns nicht die nötige Zeit läßt.

Vors.: Ich lege auch Wert darauf, zu erfahren, in welcher Richtung versucht werden soll, hier die Verhandlungswelle des Vorsitzenden einer Kritik durch irgendeine Behörde zu unterziehen. Nur dann können wir darüber schlüssig werden, ob wir die Verhandlung aussetzen, wenn wir darüber unterrichtet sind. Andernfalls würde es doch den Interessen der Angeklagten zumiderlaufen.

R.-A. Dr. Rosenfeld: Ich glaube, diese Schritte im Interesse der Angeklagten zu unternehmen. Ich bin nicht befugt, weitere Erklärungen darüber abzugeben.

Vors.: Der Gerichtshof wird sich zur Beratung zurückziehen.

Nach nahezu 1 1/2 stündiger Beratung erschien der Gerichtshof wieder im Saal, um zunächst dem Vertreter der Rechtsanwaltschaft, Rechtsanwalt Neumann, das Wort zu einer Erklärung zu erteilen. Rechtsanwalt Neumann nahm nochmals Stellung zu der Absicht der Verteidigung, sich an die zuständigen Stellen wegen des Konflikts zwischen dem Vorsitzenden und dem R.-A. Samter zu wenden und erklärte: Ich bitte, den Antrag auf Aussetzung der Verhandlung abzulehnen. Es geht hier um nicht mehr und nicht weniger als um das Palladium der richterlichen Unabhängigkeit. Die Unabhängigkeit der Rechtspflege wird Er-

schütterungen ausgeführt, wenn hier bei anderen Behörden, die gar nicht in der Lage sind, richterliche Entscheidungen einer Kritik zu unterziehen, Vorstellungen erhoben werden.

Hierauf zog sich der Gerichtshof noch einmal kurz zurück, erschien jedoch bald wieder und Präsident Niedner führte aus: Ich habe folgenden Beschluß zu verkünden: Der Staatsgerichtshof ist auf Grund eingehender Ermägungen zu der Ueberzeugung gelangt, daß der Antrag der Verteidigung auf Aussetzung der Verhandlung nach der bereits gegebenen Begründung abzulehnen ist. Er hat beschlossen, die Aussetzung abzulehnen und in der Verhandlung fortzuführen.

R.-A. Dr. Rosenfeld gab folgende Erklärung ab: Die Verteidiger, soweit sie nicht als Offizialverteidiger durch besondere Bestimmungen gebunden sind, sehen sich im Augenblick nicht in der Lage, der weiteren Verhandlung vor Erledigung der Verhandlung mit den zuständigen Stellen beizuwohnen und werden den Saal verlassen. Dabei heben wir mit Nachdruck hervor, daß wir die Verteidigung beibehalten und am Donnerstag zur Stelle sein werden.

Daraufhin verließen alle Verteidiger bis auf die beiden Offizialverteidiger Dr. Goldstein und Schümichen-Weipzig den Saal.

Vors.: Wir werden jetzt feststellen, welche Angeklagten noch vertreten sind. — Gleichzeitig verwies der Vorsitzende die am Verteidigerisch stehenden Stenotypistinnen der Verteidiger in den Zuschauerraum.

R.-A. Dr. Goldstein und Schümichen erklärten, daß sie Neumann, König und Diener vertreten. — Daraufhin beantragte der Rechtsanwalt Unterbrechung der Sitzung, um für die anderen Angeklagten Offizialverteidiger zu stellen.

Angeh. Mayer: Ich erkläre gleichzeitig im Namen von Ruhls, Jüterf. und Hallau, daß wir Offizialverteidigern gegenüber keinerlei Aussagen machen und mit ihnen keine Besprechungen abhalten werden. Wenn wir unsere Wahlverteidiger nicht wieder erhalten, dann verweigern wir überhaupt jede Aussage hier.

Vors.: Die Verhandlung wird zwecks Einziehung von Offizialverteidigern bis Mittwoch früh 10 Uhr unterbrochen.

Damit war diese ereignisreiche Sitzung des Tscheka-Prozesses beendet. Wie wir erfahren, begab sich im Anschluß hieran eine Deputation der Verteidiger, die aus den R.-A. Dr. Rosenfeld, Dr. Wolf-Düffeldorf und Dr. Marschner-Weipzig bestand, mit dem Abendbahnzug nach Berlin, wo sie am heutigen Mittwoch im Reichsjustizministerium vorstellig werden wird.

Die Anwälte beim Reichsjustizminister.

Wie die BS-Korrespondenz mittelt, tritt der Vorstand der Strafrechtlichen Vereinigung am heutigen Mittwoch um 11 Uhr zusammen, um dann gemeinsam mit den Verteidigern aus dem Tscheka-Prozeß sich zum Reichsjustizminister zu begeben. Die Anwälte wollen gegen die Mandatsentziehung, von der R.-A. Dr. Samter durch den Präsidenten des Staatsgerichtshofes betroffen worden ist, Protest erheben, und zwar soll es sich hierbei nicht um eine Sympathiebekundung für den betreffenden Anwalt handeln, sondern um einen Protest, der aus prinzipiellen Gründen erfolgt.

Die Untersuchung der Kreditaffäre

Kutischer und die Mitglieder der Wertungstelle.

In der heutigen Sitzung des Untersuchungsausschusses im Landtag wurde als erster Zeuge der Handelsvertreter Wilhelm Böhler vernommen, der bis zum 26. Mai 1921 Abteilungsleiter in der Abrechnungsabteilung der Mitglieder-Wertungstelle war, die dem Reichswirtschaftsministerium unterstand. Böhler bezeugt, er habe gemeinsam mit den übrigen Mitgliedern des Betriebsrats sich verpflichtet gefühlt, über die unzulässige Begünstigung Kutischer seitens des Generaldirektors der Mitglieder-Wertungstelle Warnholz Bescheid zu führen und schließlich Strafantrag zu stellen. Die Leitung der Wertungstelle habe an Kutischer Waren abgegeben zu Preisen, die weit unter dem Selbstkostenpreis lagen. So würden ihm beispielsweise große Mengen militärischer Ausrüstungsstücke, deren Selbstkostenpreis 40 M. betrug, für 1 M. überlassen. Ein großer Posten Gekörre, der den landwirtschaftlichen Genossenschaften zugeführt werden sollte, wurde plötzlich zu einem Spottpreis an Kutischer abgegeben. Ebenso eine große Menge von Schnürschuhen. Diese Schnürschuhe sollten eigentlich der ärmeren Bevölkerung und der Arbeiterklasse zugute kommen, durch ihren Verkauf an Kutischer wurde aber bewirkt, daß sie nach dem Osten exportiert wurden. Weiter wurde an Kutischer ein größeres Depot, das Reichsbahner Lager verkauft. Der Betriebsrat ermittelte, daß Generaldirektor Warnholz, der eifrigste Förderer Kutischer, eine Anstellung als Direktor dieses Lagers von Kutischer erhalten sollte. Diese Anstellung wurde aber

durch die Beschwerde des Betriebsrats vereitelt.

Direktor Warnholz, ein früherer Oberfeuerwerker, war vor der Uebernahme durch die Mitglieder-Wertungstelle Angehöriger der Bumba. Der Zeuge und der Betriebsrat hatten über die Begünstigung Kutischer zunächst Beschwerde geführt bei der Direktion und beim Reichswirtschaftsminister, als das keinen Erfolg hatte, beim Reichswirtschaftsminister Schmidt. Sie hatten dann das Material dem Abgeordneten Thiel von der Deutschen Volkspartei übermitteln, der aber nach seiner Mitteilung auch nichts ausrichten konnte. Sie stellten schließlich Strafantrag gegen die Direktion der Mitglieder-Wertungstelle. Das Verfahren wurde aber nach einiger Zeit eingestellt. Der Zeuge und die übrigen Mitglieder des Betriebsrats sind wegen ihres Vorgehens gegen die Direktion am 28. Mai 1921 fristlos entlassen worden.

Das schon früher von kommunistischer Seite dem Ausschuss vorgelegte, zur Kutischer außerordentlich günstige Zeugnis der Direktion der Mitglieder-Wertungstelle wird dem Zeugen Böhler vorgehalten. Er erklärt, dieses Zeugnis sei ihm unbekannt, es widerspreche aber auch durchaus den Tatsachen, und stelle Kutischer in einem viel zu günstigen Lichte dar.

Es folgt dann die Vernehmung des Handelsvertreters Simon, der seinerzeit Statistiker in der Mitglieder-Wertungstelle war und gleichzeitig den Posten des Vorsitzenden im Betriebsrat bekleidete. Der Zeuge bestätigt, daß Kutischer Waren zu außerordentlich niedrigen Preisen erhielt. Von anderen Seiten waren bedeutend höhere Preise geboten. Trotzdem wurden die Waren an Kutischer gegeben. Dazu kam, daß die anderen Abnehmer immer sofort zahlen mußten, während Kutischer längeren Kredit hatte. In einem Falle seien beispielsweise Kutischer für angelieferte minderwertige Waren, die tatsächlich gar nicht minderwertig waren, ganze Waggons gratis als Entschädigung nachgeliefert worden. Soweit der Zeuge beobachtet hat, hat Kutischer die Waren stets nach dem Osten verschoben. Der Betriebsrat übergab damals kein Material der Staatsanwaltschaft und wandte sich dann auch an das Reichswirtschaftsministerium. Nach Ansicht des Zeugen ist das etwa im Februar-März 1921 unter Robert Schmidt gewesen.

Vom Reichswirtschaftsministerium wurde eine Reklusion durch die Reichskreditstelle zugelassen.

Noch ehe die Reklusion eintraf, wurde aber bereits von der Mitglieder-Wertungstelle die fristlose Entlassung der betreffenden Betriebsratsmitglieder ausgesprochen. Der Zeuge bezeugt weiter, daß sich der Betriebsrat auch an die Presse wandte. Besonders die „Freiheit“ habe damals eine Reihe von Artikeln gebracht. Aber auch an den „Lokal-Anzeiger“, das „Tageblatt“ und andere bürgerliche Zeitungen hat man sich gewandt, diese hätten sich aber auf Veröffentlichungen nicht eingelassen.

Abg. Frau Dr. Wegscheider (Soz.): Haben Sie sich auch an Abgeordnete gewandt?

Zeuge: Ja, an Radbruch, Simon-Franken, Dr. Herg und Thiel. Der Abg. Thiel von der Deutschen Volkspartei hat uns die Verbindung mit dem Reichswirtschaftsministerium vermittelt.

Vors.: Aus Ihrem Entlassungsschreiben geht hervor, daß die Mitglieder-Wertungstelle dann ein Strafverfahren gegen Sie eingeleitet hat. Ist dabei etwas herausgekommen?

Zeuge: Nein, die Mitglieder-Wertungstelle ist mit ihren Verfahren zur Einleitung des Verfahrens abgewiesen worden. Es wurde damals auch gerichtlich festgestellt, daß erhebliche Unregelmäßigkeiten mit Kutischer vorgetrieben seien; der Beweis sei aber nicht erbracht, daß diese Unregelmäßigkeiten irgendwie zum Vorteil der Direktion gewesen sind. Der Zeuge fügt hinzu, daß damals vielleicht noch mehr herausgekommen wäre, da auch eine Reihe höherer Persönlichkeiten von der Regierung Vorzugsleistungen erhalten hätten.

Auf Betragen nennt der Zeuge Geh. Rat Hiesmann und einen Geheimrat aus dem Reichswirtschaftsministerium, die gleichfalls Waren gratis und zu Spottpreisen bekommen hätten. Weitere Namen kann der Zeuge nicht angeben.

Abg. Kutischer (Soz.): Aus welchen Gründen wollte denn die Direktion ein Strafverfahren gegen Sie einleiten?

Zeuge: Man machte uns die Zeitungsartikel und die Veröffentlichung von Schriftstücken der Gesellschaft zum Vorwurf.

Zeuge Böhler teilt mit, daß nach der Entlassung auch noch eine Besprechung mit dem Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt in dessen Wohnung in Karlshorst stattgefunden habe. Er sagte eine Nachprüfung der ganzen Angelegenheit zu. Es sei aber dann nichts geschehen.

Abg. Dr. Badt (Soz.) stellt angesichts der Tatsache, daß die ersten Verhandlungen mit dem Reichswirtschaftsministerium im Februar oder März 1921 geführt wurden, fest, daß zu damaliger Zeit noch Dr. Scholz Reichswirtschaftsminister war.

Der kaufmännische Angestellte Oerte war gleichfalls Mitglied des Betriebsrats der Mitglieder-Wertungstelle. Er bestätigt die Angaben der vorher vernommenen Zeugen und bezeugt, daß der Abg. Thiel von der Volkspartei das Material entgegengenommen, aber über den Erfolg sich nicht geäußert habe, obwohl er vorher erklärt hatte, er sei mit dem Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz bekannt und werde mit ihm über die Sache verhandeln. Das Material sei aber offenbar in falsche Hände gelangt und das habe die Entlassung der Betriebsratsmitglieder veranlaßt. Nach der fristlosen Entlassung hat der Zeuge nach seiner Bekundung sich an Abg. Thiel, Abg. Dr. Radbruch und andere Parlamentarier vergeblich gewandt. Der Betriebsrat habe auch sämtliche Berliner Zeitungen das Material unterbreitet, aber nur die „Freiheit“, das Organ der USR, sei darauf eingegangen.

Stadtrat Wuhly, der über die Wohnungszuweisung an Kutischer vernommen wird, hat aus den Akten festgestellt, daß der Ausschuss 1922 beschlossen hat, Kutischer entgegen der ersten Entscheidung des Bülmersdorfer Wohnungsamtes seine Wohnung zu belassen und dem ihm zugewiesenen Dr. Schweitzer eine andere Wohnung nachzuweisen. Kutischer habe damals die Wohnung schon länger als zwei Jahre innegehabt. Aus Billigkeitsgründen seien ähnliche Entscheidungen wie im Falle Kutischer häufiger getroffen worden. Der Ausschuss habe aus Vertretern der verschiedenen Parteien bestanden. Der Zeuge erinnert sich nicht, ob Oberbürgermeister Bock zugunsten Kutischer interveniert hat, hält das aber nicht für ausgeschlossen.

Der Ausschuss geht dann zur Erörterung der Frage über, wie Kutischer in Berlin bei einer Wohnung kommen könne. Die deutschnationalen Mitglieder des Untersuchungsausschusses belegen dabei in der unerschämtesten Weise Fragen an den als Zeugen vernommenen Stadtrat Wuhly zu richten, die den Eindruck erwecken sollen, als ob möglicherweise Wuhly, der Oberbürgermeister oder irgend sonst jemand im zentralen Berliner Magistrat an der Wohnungszuweisung an Kutischer schuld sei. Wir berichten über diese Angelegenheit an anderer Stelle.

Wirtschaft

Sprengung eines Hefekartells.

Uns wird geschrieben: Schon lange Jahre bestehende, in vollem Betriebe befindliche Unternehmungen mit zahlreicher Arbeiterkraft und umfangreichen maschinellen Einrichtungen sollen möglichst erhalten werden. Stillelegungen großer Fabrikanlagen, Arbeiterentlassungen größerer Stills sollen möglichst vermieden werden. Dieser soziale Gesichtspunkt hat in einer Entscheidung des Reichswirtschaftsgericht angehängerten Kartellrichters vom 5. Februar 1925 wohl begründeten Ausdruck gefunden.

Drei Hefefabriken hatten sich 1921 zur Verbilligung der benötigten Rohstoffe durch gemeinsamen Einkauf sowie zur Verbilligung der Verkaufskosten durch eine gemeinsame Verkaufszusammenfassung zusammengesetzt und den Hefekartell nach dem Schlüssel ihrer Produktionsrechte geregelt. In der Folgezeit ließ die eine der drei Firmen K. infolge Stillelegung ihrer Hefefabrik ihre Anteile von 20 Proz. durch die zweite Firma L. übernehmen. Nachdem das Zusammenarbeiten auf dieser Grundlage jahrelang sich glatt abgemacht hatte, erklärte die Firma K. in einer Aufsichtsratsitzung im Mai 1924 plötzlich, daß sie ihre Anteile nicht mehr von der Fabrik L., sondern von der dritten Konzernfirma E. übernehmen lassen wollte. Sie selbst wollte die Produktion nicht wieder aufnehmen.

Die Firma L. hat die Interessengemeinschaft fristlos gekündigt und vor dem Kartellgericht glaubhaft gemacht, daß sie mit der dauernden Verarbeitung des K.-Kontingents gerechnet habe und dadurch veranlaßt worden sei, ihre auf die Verarbeitung von etwa 20 Proz. des Gesamtkontingents der Interessengemeinschaft eingerichtete Betriebsanlage demontieren zu lassen, daß sie neben ihrem eigenen auch den Rest des K.-Kontingents auszuarbeiten vermocht hätte.

Die Fabrik L. führt noch aus: Es verstoße wider Treu und Glauben, wenn K. unerwartet ihr seinen Anteil entziehe und denselben E. zuteile; wenn man ihr den fristlosen Austritt aus der Interessengemeinschaft verweigere, so sei sie dem sicheren Ruin verfallen; nach dem Vertrage dürfe sie Hefe nur an die Interessengemeinschaft abliefern, die Nachfrage nach Hefe habe nachgelassen, ihre Maschinenanlage und ihre Arbeiterkraft entspräche der seit Jahren erhöhten Heferstellung, durch das Verhalten von K. und E. werde ihre Produktion unter die Grenze der Rentabilität herabgedrückt.

Das Kartellgericht hat die fristlose Kündigung der Firma L. für berechtigt erklärt und dazu ausgeführt, daß in der Tat die Entziehung des 20prozentigen Kontingents durch die Firma K. für die Firma L. eine völlige Verschiebung der wirtschaftlichen Grundlagen bedeute, auf denen die Fabrik L. ihr Unternehmen aufgebaut habe; dazu komme, daß infolge des kurz vorher erfolgten Zusammenbruchs des neuen Hefekartells eine völlige Umwälzung auf dem Hefemarkt eingetreten sei, der Hefepreis sei von rund 50 Pf. auf rund 30 Pf. das Pfund gefallen, ein scharfer Konkurrenzkampf habe eingesetzt, in diesem wirtschaftlichen Kampfe zu bestehen und ihre wirtschaftliche Existenz zu behaupten, habe für die Firma L. nur Aussicht bestanden, wenn sie in der Lage geblieben sei, ihre Betriebsanlage zum mindesten in dem bisherigen Maße auszunutzen; durch weitere Bindung an ihre Kartellpflicht sei der Firma L. der freie Wettbewerb unmöglich gemacht und das müsse als eine unbillige Erschwerung der wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit von L. angesehen werden.

Vom sozialen Standpunkte aus ist diese Entscheidung zu begründen, da sie es einer seit einer ganzen Reihe von Jahren in erbittertem Konkurrenzkampf stehenden Firma mit zahlreicher Arbeiterkraft ermöglicht, Produkte in ausreichendem Umfange auch ferner hin herzustellen und durch ihren erprobten Arbeiterstamm weiter zu beschäftigen.

Der gute Geschmack

Ihres Kuchens kann durch ein Backpulver derart beeinträchtigt werden, dass jedem die Lust zum Essen vergeht. Ihre vornehmste Aufgabe als Hausfrau ist es, ein Backmittel zu wählen, das unter keinen Umständen vorschmeckt und das den Kuchen für den verwöhntesten Gaumen genießbar macht. Ein solches Backmittel, das Sie deshalb nie entbehren können, ist das

MONDAMIN-BACKPULVER
ohne Phosphorsäure

Das rheinische Fern-Gas-Projekt.

Zu dem bekannten rheinischen Fern-Gas-Projekt teilt unser Kölner Parteiblatt „Rheinische Zeitung“ u. a. mit:

Die Gefahr einer Entkommunalisierung der Gasversorgung der rheinischen Gemeinden scheint näher zu liegen, als die Öffentlichkeit ohne Augenblicklich heute eine kontinentale Wasserwerksgesellschaft A. G., Abteilung Gaswerke, Beiträge auf Gaslieferung mit größeren und kleineren Städten sowie ganzen Kreisen abzuschließen. Es sei geplant, daß große Kokereien am ganzen Laufe des Rheins von Thyonen und Stinnes ohne jede Beteiligung der Städte und Gemeinden errichtet werden. Vorgezogen sei dann weiter eine große westdeutsche Gas-Fernverorgungs A. G., die die Gasfernverföhrung von Köln bis nach Mainz und Darmstadt übernehmen solle. An dieser Gesellschaft sollen zu je einem Drittel die Kokereien (Thyonen und Stinnes), die kontinentale Wasserwerksgesellschaft und die rheinischen Städte beteiligt sein. Diese Gesellschaft wäre alleiniger Abnehmer des Gases von den Kokereien. Sie würde das Gas durch noch zu bildende Untergesellschaften an die Konsumenten weiterleiten. Die Gründung solcher Untergesellschaften, die sich über mehrere Verwaltungskreise erstrecken sollen, werden jetzt schon versucht. Da aber mit der Errichtung der Kokereien erst in zwei bis drei Jahren gerechnet wird, sucht man Anschluss an moderne, leistungsfähige Gaswerke, die bis zur Fertigstellung der Kokereien die Lieferung von Gas übernehmen sollten. Bei diesen Gesellschaften sollte, wie beabsichtigt ist, das Privatekapital vorherrschen und die Beteiligung der Gemeinden nicht über 50 Proz. hinausgehen.

Die „Rheinische Zeitung“ bemerkt zu diesen Informationen: „Die Zukunft werde unter allen Umständen die Gasversorgung für sich haben, weil sie volkswirtschaftlich und technisch einen Fortschritt bedeutet. Wir haben also allen Grund, sie zu fördern. Was aber verhindert werden muß, ist eine Beteiligung der kommunalen Kapitals, zum mindesten muß der Einfluß der Kommunen überwiegen. Weiter muß man sich darüber klar sein, daß diese große Frage nur gelöst werden kann durch ein Zusammenarbeiten aller beteiligten Städte und Gemeinden. Hier haben unsere Kommunalverwaltungen bisher verfaßt: falsch verstandener Sozialnationalismus und übertriebene Konkurrenzsucht zwischen den einzelnen Städten könnten auf diesem Gebiete mehr schaden als anderswo.“

Warum fällt die italienische Lira?

Das ständige, zwar langsame, aber ununterbrochene Sinken der italienischen Lira, das nun schon während eines Zeitraums von zwei einhalb Jahren anhält, besonders aber ihr letzter, immerhin erster Sturz veranlaßt alle Sachverständigen zu technischen Erklärungen. Sowohl die Regierung Mussolini als auch industrielle Verbände veröffentlichten eine Serie von Daten, die den unwiderlegbaren Beweis erbringen sollen, daß Italien bereits die ökonomische und finanzielle Krise hinter sich hat. Soeben hat die offizielle Presse ein weitläufiges Sendeschreiben veröffentlicht, das sich an die ganze Welt richtet. Damit diese die wahren Verhältnisse kennen lerne, in denen Italien lebt. Das Schriftstück behauptet, soweit es sich um die finanzielle Situation handelt, daß der Staatshaushalt im laufenden Jahre fast im Gleichgewicht war und kündigt für die Jahre 1924/25 und 1925/26 sogar einen Budgetüberschuß an. Auch für die Bilanz der Eisenbahn und der Post und Telegraphen erwartet man einen Ueberschuß. Die innere öffentliche Schuld wurde von 95 Milliarden Lire, dem Stande des Jahres 1922, auf 91 Milliarden reduziert, der Banknotenumlauf ist auf 20 Milliarden fixiert, die Staatspapiere sind gut notiert. Indem es sich zur Privatwirtschaft wendet, bemerkt das Dokument, daß die Mehrzahl der industriellen Unternehmungen bedeutende Gewinne hereingebracht hat, die ihren Ausdruck nicht bloß in den Ergebnissen der Bilanzen, son-

dern auch in den Notierungen der Aktien an der Börse finden“ und zieht daraus den Schluß, daß das Gleichgewicht der Handelsbilanz gesichert ist.

In der Schilderung der italienischen Wirtschaftssituation, wie sie die offiziellen Organe geben, erscheint ein Punkt ziemlich dunkel. Der angeblich so bedeutend verbesserte Stand der Zahlungsbilanz und der finanziellen Lage — beides Elemente, die nach allgemeiner Ansicht von Einfluß auf die Baluta sind — steht im schroffsten Gegensatz zum Sturz der Lira. Das letzte Bulletin der Handelskammer zu Mailand gibt die Kaufkraft der Lira mit 16,34 Goldcentesimi an. Das ist der tiefste Stand des italienischen Geldes seit vier Jahren. Die Regierung schreibt die letzte Entwertung dunklen Börsenmanövern und der Verbreitung falscher Nachrichten zu. Und einige Regierungsblätter haben nicht verfehlt, die Verächtlichkeit auszusprechen, daß das Zentrum dieser Börsenmanöver gerade in Berlin zu suchen sei; ebenso wie die Regierung Poincarés das Gerücht von dunklen Machenschaften Deutschlands verbreiten ließ, als sie sich vor der öffentlichen Meinung wegen der unglückseligen wirtschaftlichen Folgen der Ruhrpolitik und des dadurch hervorgerufenen Falls des Franken reinwaschen wollte. Es ist bequem, mit fadenscheinigen und oberflächlichen politischen Gründen ein Phänomen zu erklären, das so tiefgreifend und verwickelt ist, wie das der Baluta. Man hat auch durch Ermäugungen wirtschaftlicher Art versucht, den letzten Sturz der Lira zu erklären, und zwar durch Hinweis auf den erhöhten Export, besonders des Weizens, eine Folge der letzten Winter. Es ist richtig, daß der Wareneinfuhr im Auslande gesteigert war, aber er wurde ausgeglichen durch das Anwachsen des Exportes.

Der Stand der Baluta hängt im höchsten Maße von der Finanzpolitik einer Regierung ab, wobei auch die innere Lage des Landes eine bedeutende Rolle spielt. Wenn die Zahlungsbilanz

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittseinkaufspreise in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels per Zentner frei Haus Berlin.

Gerstengraupen, lose ..	20,25 — 24,75	Kakao, fettarm	60,00 — 96,00
Gerstengrütze, lose ..	19,75 — 21,50	Kakao, leicht, entölt ..	100,00 — 120,00
Halerflöcken, lose ..	21,00 — 27,00	Tee, Souchon, gepackt ..	320,00 — 400,00
Halergrütze, lose ..	21,75 — 23,00	Tee, indischer, gepackt ..	400,00 — 470,00
Roggenmehl 07	19,50 — 21,00	Inlandszucker bas. mel. ..	29,75 — 32,50
Weizenmehl	23,25 — 25,50	Inlandszucker Raffina ..	31,50 — 35,00
Hartweizen	27,00 — 28,00	Zucker Würfel	33,00 — 38,00
70% Weizenmehl	19,75 — 21,50	Kunsthonig	38,75 — 35,00
Weizen-Auszugmehl ..	21,50 — 25,25	Zuckersirup hell l. Elm. ..	37,00 — 40,00
Speiseerbsen, Viktoria ..	15,00 — 16,00	Speisesirup dunk. l. Elm. ..	36,50 — 30,00
Speiseerbsen, kleine ..	20,25 — 23,00	Marmelade Einfr. Erdb. ..	84,00 — 96,00
Bohnen, weiße, l. art. ..	27,00 — 32,00	Marmelade Vierfrucht ..	38,00 — 40,00
Langbohnen, handverf. ..	18,00 — 24,50	Pflaumenmus l. Elmers ..	37,00 — 55,00
Linzen, kleine	30,50 — 43,50	Steinsalz, in Säcken ..	3,10 — 3,40
Linzen, mittel	44,00 — 53,00	Steinsalz, in Säcken ..	3,70 — 4,20
Linzen, große	28,50 — 22,00	Siedesalz in Säcken ..	4,40 — 5,00
Kartoffelmehl	46,00 — 58,50	Bratenschmalz l. Tiers. ..	85,00 — 85,25
Makkaroni, Hartweizen ..	26,50 — 31,00	Bratenschmalz l. Kübl. ..	85,50 — 86,00
Mehlweizen	44,50 — 74,00	Purelard in Tierces ..	86,00 — 88,25
Bruchreis	15,25 — 16,00	Purelard in Kisten ..	86,00 — 88,50
Rangoon Reis	18,50 — 20,00	Speisetalg in Packung ..	65,00 — 66,00
Tafelreis, glasi. Patna. ..	24,50 — 32,00	Speisetalg in Kübeln ..	—
Tafelreis, Java	32,75 — 42,00	Margarine, Handelsm. i. ..	66,00
Ringäpfel, amerik. ..	75,00 — 80,00	desgl. II	60,00 — 62,00
Getr. Pflaumen 90/100 ..	45,00 — 47,00	Margarine, Spezialm. I ..	80,00 — 84,00
Pflaumen, entsteint ..	72,00 — 78,00	desgl. II	69,00 — 71,00
Cal. Pflaumen 40/50 ..	66,00	Molkereibutter l. F. 88.5 ..	221,00 — 225,00
Rosinen l. Kist., Candia ..	60,00 — 73,50	Molkereibutter l. Pck ..	228,00 — 233,00
Sultaninen Caraburu ..	70,00 — 85,00	Molkereibutter II l. F. 88.5 ..	201,00 — 210,00
Korinth. choice	54,00 — 74,00	Molkereibutter l. Pck ..	211,00 — 216,00
Mandeln, süße Bari	190,00 — 205,00	Auslandbutter in Fass ..	226,00 — 236,00
Mandeln, bittere Bari ..	197,00 — 205,00	Corned beef 12 1/2 lbs p. K. ..	38,00 — 39,00
Zimt (Cassia)	100,00 — 105,00	Ausl. Speck, geräuchert ..	103,00 — 106,00
Kümmel, holländischer ..	46,00 — 51,00	Quadratkäse	28,00 — 40,00
Schwarz Pfeffer Singap. ..	95,00 — 105,00	Tilsiter Käse, vollfett ..	115,00 — 125,00
Weißer Pfeffer	145,00 — 160,00	Echter Emmentaler	165,00 — 175,00
Rohkaffee Brasil	215,00 — 235,00	Echter Edamer 40%	122,00 — 125,00
Rohkaffee Zentralam. ..	250,00 — 323,00	20%	87,00 — 90,00
Rohkaffee Brasil	270,00 — 310,00	Ausl. ungeräucher. Condensmilch 4 1/2 ..	70,00 — 72,50
Postkaffe Zentralam. ..	330,00 — 400,00	Inf. ger. Cond. M. 4 1/2 ..	25,25 —
Röst. etreid. 165e	21,30 — 24,00		

aktiv und das Budget im Gleichgewicht ist, wie es die Regierung Mussolini behauptet, dann ist unzweifelhaft einer der wichtigsten Faktoren, der für den Stand der Baluta maßgebend ist — das „Vertrauen“. Es ist ja ganz schön, bei jeder Gelegenheit zu erklären, daß man den Willen hat, die Lira wieder aufzuwerten, aber man darf sich nicht wie die italienische Regierung darauf beschränken, die Intervention der warentiefernden Länder und der Gläubiger anzurufen „gegen die äbsten Entwertungsmanöver, die von unverantwortlichen Elementen angezettelt sind“. Selbst Professor Flora, Mitglied der Dawes-Kommission, gibt in einer Besprechung der Keynes'schen Veröffentlichung über die „Währungsreform“ zu, daß heute die finanziellen und ökonomischen Verhältnisse Italiens durch die mihliche politische Lage in gewissem Grade verwirrt werden. Dabei ist Prof. Flora sicherlich kein Feind der Regierung Mussolini. Offenbar durchlebt Italien unter dem faschistischen Regime einen kritischen Moment. Die Reibung zwischen der herrschenden Partei, die zwar im Lande isoliert, aber bewaffnet ist, und den anderen politischen Parteien, welche die Opposition bilden, ist ganz außerordentlich stark. Deshalb betrachten die Kreise der internationalen Hochfinanz die innere Lage Italiens für unjicher und die letzten Ausnahmeverordnungen Mussolinis gegen die Freiheit der Presse, der Vereine und der Versammlungen hat diese Anschauung bedeutend verstärkt. Man darf nicht übersehen, daß die ausländischen Kapitalisten ein äußerst geringes Interesse für Anlagen in Italien haben, während bedeutende italienische Kapitalisten in ausländischen Anleihen angelegt wurden.

Findet das faschistische Regime eine konstitutionelle Lösung, oder wird, wenn diese ausbleibt, unter dem Druck einer Befreiungsrevolution in Italien in einem Bürgerkrieg Blut vergossen werden? Die Faschisten denken nie an den Widerhall, den ihre Genattakte und ihre ewige Drohung mit einer zweiten Bartholomäusnacht im Auslande finden. Für die Aufweitung der Lira ist es vor allem notwendig, Italien von der Furcht vor Unruhen und Revolutionen zu befreien, die die ökonomische Aktivität der produktiven Kräfte bedroht. Einer der bedeutendsten italienischen Rationalisatoren, Prof. Giorgio Mortara, zieht in seinen „Ökonomischen Ausblicken für das Jahr 1925“ in bezug auf die Währungsverhältnisse folgenden Schluß, der alle Beachtung verdient: „Wenn man annimmt, daß bald eine politische Beruhigung im Innern eintritt, ist es vielleicht erlaubt, für die erste Zeit einen Stillstand des Sinkens der Baluta, später einen gewissen Anstieg vorauszusetzen.“ D. C.

Vermögenssteuer muß gezahlt werden. Verschiedentlich ist in den letzten Tagen in Zulendungen an die Presse den Steuerpflichtigen der Rat gegeben worden, die am 15. Februar fällige erste Vorauszahlung auf die Vermögenssteuer 1925 nicht zu entrichten, da nach dem Entwurf des neuen Vermögenssteuergesetzes als Vorauszahlungen für das Jahr 1925 nur die Hälfte des für das Kalenderjahr 1924 festgelegten Steuerbetrages erhoben werden solle und die Entrichtung von je einem Viertel für den 15. Mai und den 15. November vorgezogen sei. Hierzu ist zu bemerken, daß der Entwurf des neuen Vermögenssteuergesetzes noch nicht Gesetz und dem Reichstag noch nicht einmal zugegangen ist. Für die Vorauszahlungen ist also noch wie vor ausschließlich der § 29 Abs. 2 des Vermögenssteuergesetzes maßgebend. Danach war für 1925 als erste Vorauszahlung am 15. Februar ein Viertel der Vermögenssteuer 1924 zu entrichten. Wenn weitere Vorauszahlungen für 1925 zu entrichten sind, wird der Reichstag bei der Beratung des neuen Vermögenssteuergesetzes zu beschließen haben. Steuerpflichtige, die ihre Vermögenssteuervorauszahlungen unter Berücksichtigung der verlängerten Schonfrist nicht spätestens bis zum 28. Februar entrichten, setzen sich der Erhebung von Verzugszuschlägen und auch der Gefahr der zwanngemessenen Beitreibung aus. — Die neue Stellungnahme des Reichsfinanzministeriums ist ein Rückzug vor der sozialistischen Kritik. Ursprünglich war die Stundung der Vermögenssteuer beabsichtigt.

*New noch
3 Tage
Zeit.*

**Vergessen Sie nicht
Ihren VIM-Gutschein
einzutauschen!**



Sunlicht Gesellschaft A. G.
Mannheim-Rheinau.

Das Pulverfaß unter dem Äquator.

Eine Fahrt durch die Vulkanzone von Java.

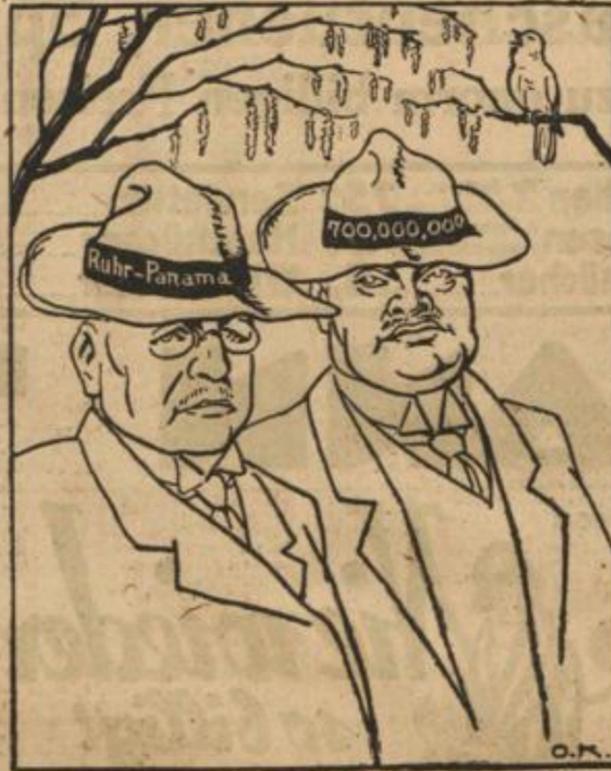
Java, die kleinste, aber bevölkerteste und wertvollste der Großen Sundainseln, kann als ausgesprochenes Vulkangebiet nur noch mit Island verglichen werden. Fast die Hälfte der Insel ist von Vulkanen durchzogen und von deren Eruptionen bedeckt. Nirgendwo sonst auf der Erde findet sich auf gleich großer, verhältnismäßig geringer Raumbestimmung eine so beträchtliche Anzahl von Feuerbergen. Man zählt über hundert tätige, halbaktive oder erloschene Krater, die von Ost nach West der Äquatorlinie parallel laufen. In der ersten Hälfte der Insel erstreckt sich die vulkanische Zone in der Sundoststraße, der am 27. August 1883 nach zweihundertjähriger Untätigkeit 70 000 Menschenleben vernichtete. Die amtlichen Karten der Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft in Batavia verzeichnen auf Java selbst 57 tätige Vulkane, von denen zehn die Höhe von 2000 Meter übersteigen. Das Zentrum der Vulkanzone von Java ist Garoete. Rings um das üppig fruchtbare Teles-Tal bauen sich amphitheatralisch die Krater und Krater der Feuerberge auf. Das gleichmäßige Grau der Rauchfahnen, die den ununterbrochenen Detonationsgeschall des Halbtreises bilden, leitet dem gewaltigen Bergmassiv den Charakter düsterer Majestät. Der Zyklonengürtel der Feuerberge schließt den Horizont nach allen Richtungen ab; der Wind treibt aber den Rauch der unheilvollsten Federbüffel nach einer Seite. Aus dem schattigen Krater des 2500 Meter hohen Guntur steigt der Rauch in drei Säulen fohlschwarz und blig in die Luft, um sich, wenn ihn der Wind nicht sofort zerteilt, zum Hellenbalbachin zu weiten.

„Es ist 5 Uhr morgens,“ schreibt Mario Appellius im „Popolo d'Italia“, „als wir im Auto von Garoete die Fahrt in der Richtung des erloschenen, 1800 Meter über dem Meeresspiegel liegenden Telaga-Bodas antreten. Die Maschine rollt zwei Stunden lang auf den schönen Straßen Javas dahin. Ich kenne keine Kolonie, die ein besseres Straßensystem aufzuweisen hätte als Java. Wir fahren zwischen Tabakplantagen und Hainen von Kokospalmen. Je höher wir steigen, desto mehr enthält sich die Gebirgsvegetation des Bergkaffees. In Banarja verlassen wir das Auto und sehen unseren Weg auf den Zickzackspalten der vulkanischen Festungswerte zu Fuß fort. Zwischen dem Krater des Tjaturai und dem Krater des Guntur mehrt sich die Schwefeldämpfe des Papandjan gelbe Schleier, denen die Sonne irrisierende Lichter aufsetzt. In 1000 Meter Höhe verchwunden die Vegetation. Der Fußpfad schlängelt sich in Serpentina durch schwarzen Schiefer und Blöcke aus Eisenerz über die Asphaltsteine des Bodens. Hier und da eine verdorrte Wurzel, ein verkümmertes Dornengebüsch. Gelegentlich wandelt sich auch das Schwarze des Grundes plötzlich zum stumpfen Weiß, einem Mineralweiß von gleichem, hellem Glanz, Rückständen von Schlacken und Steinen aus früheren Eruptionsperioden. Das Fischen eines Dampfkefles, das an unser Ohr dringt, belehrt uns, daß wir uns einer Solfatara oder einer aufspringenden heißen Mineralquelle nähern. Der Aufstieg ist langsam und mühselig. In 1300 Meter Höhe geht der über einen Hügel kriechende Fußweg plötzlich in einen parabolischen Wald von riesigen Tropenbäumen mit palmenhohen Stämmen über. Wenige Schritte von der Steinwüste entfernt referiert uns die Tropennatur die Ueberraschung eines jungfräulichen Urwaldes, als ob man in Zentralafrika wäre. Durch das dichte Blätterdach vermag kein Sonnenstrahl hindurchzudringen. Unvermutet geraten wir so aus dem augenblendenden Gelimmer der Schlackenwüste in den feuchten, tiefen Schatten eines Jamburandens. Eine Stunde lang führt der Weg durch das Paradiesgebirge. Der japanische Führer muß oft genug seine Zucht zur Art nehmen, um uns einen Weg durch das üppig wuchernde Gezweig zu weisen, das sich über Nacht sofort wieder zum dichten Reg zusammenpinnt.

Gegen 11 Uhr lichtet sich plötzlich das Wolkenbild und wir sehen uns einer Ercheinung gegenüber, die uns alle Schauer des Todes empfinden läßt. Die übermächtige Uleppigkeit der Stämme und Blätter ist durch eine Art Verkalkung paralysiert, die so bestrenzlich anmutet wie das Ausbreiten eines Krebsgeschwurs in kerngesundem, von Leben strömendem Fleisch. Zehn Meter weiter zeigt sich der milchweiße Spiegel des „Weißen Sees“. Er bildet den Gipfel des Telaga-Bodas. Wir stehen am Saum des erloschenen Kraters. Der Wald hüllt den Teufelsrichter in seinen Schatten, aber von der Höhe des Himmels fallen die sengenden Strahlen der graulichen Sonne von Java lotrecht auf das tote Wasser des Sees. Kein Vogel, kein Schmetterling, kein Summen eines Insekts, nichts als das Schweigen des Grabes empfängt uns. Man steht außerhalb der Welt und des Lebens. Jeweils nur geht ein zitternder Laut über das Wasser, um bald wieder zu verstummen. Es sind die Blasen der Schwefelwasserstoffgase, die an die Oberfläche steigen. Der See, der etwa 100 Meter im Durchmesser haben mag, ist an drei Seiten von einer Innenkrone nach oben spitz zulauender Felsen eingeschlossen, von denen einige die Höhe von 100 Meter übersteigen.

Alle sind nach außen mit Baumschmuck bekleidet, nach der Wasserseite aber nackt, unregelmäßig gezackt, zerrissen und mit Streifen von Erdschmelz bedeckt, die ihnen das Ansehen von Braunkohlenfelsen gibt. Sie spiegeln sich nicht in dem undurchsichtigen Wasser. Der Krater des Vulkans schließt seit dem Jahre 1882, in dem er über zwanzig Driehaften unter seinem völlig überraschend gekommenen Stein- und Schlackenauswurf begrub. Zu Füßen des toten Feuerbergs liegen in wirrem Durcheinander die Trümmerstücke eines uralten Hindutempels, der von verschwundenen Bergbewohnern vor diesem Zirkus Magnus der Krater erbaut wurde. Diese primi-

Modenschau.



Trotz der inzwischen eingetretenen kälteren Witterung steht die Mode doch vielfach schon im Zeichen des nahenden Frühlings. So kann man beispielsweise die Herren Kuther und Stefemann seit einiger Zeit in eleganten Panamahüten promeneren sehen. Dagegen beruht die Nachschicht, daß die Herren Koenen und Stoll in weißen Westen gesehen worden seien, wie wir bestimmt versichern können, auf einem Irrtum.

tionen Menschen aus grauer Vorzeit waren ja auch am ersten in der Lage, die Allgewalt der Gottheit zu verspüren, wenn sie auf den Gipfeln der Berge die Feuerbrände der Erde ausflammen sahen, wenn das Schweben der Höhen von dem Getöse der Dampfhämmer unterbrochen wurde, die in geheimnisvoller Tiefe der Erde an der Schweiß- und Schmiedearbeit schulen.

Vom Gipfel aus entrollt sich den Blicken das grandiose Bild dieses Steinzeitalters. Ein großer Vulkan in voller Tätigkeit erheben ihre mit rauschenden Federbüschen verzerrten Regal auf den zerklüfteten Zinnen der Bergketten. Unter ihnen ist der höchste der 3000 Meter hoch emporragenden Tjaturai, auf dessen schwarzem Abhang im grellen Sonnenlicht ein Wasserfall wie ein Diamant ausblüht. Der unvermittelte Wechsel von Wald- und Lagerfeldern bewirkt ein effektvolles Bühnenbild. Ueberall, wo der Festhauch Satans die Erde berührt hat, ist die Vegetation erloschen; aber am Saum dieses Eruptionsgebietes hat die unbeherrschbare Zeugungsraft der Äquatorsonne ihr Lebensrecht durchgesetzt, das selbst der Feuer- und Aschenregen nicht zu brechen vermochte.

Der Fuß als Lunge. Jedem gilt es von der Schulzeit her als selbstverständlich, daß die Füße mit Kleinen und die übrigen Wirbeltiere mit Lungen atmen. Und doch gibt es auch für diese „Regel“ eine Ausnahme. In den Höhlen Norditaliens lebt ein kleiner Salamander, ähnlich unserem Feuerfalsamander, nur daß an Stelle der schwarzen Grundfarbe eine braune tritt, weshalb man ihn den „braunen Höhlensalamander“ nennt. Bei der anatomischen Untersuchung dieses Tieres hat sich die bei noch keinem anderen Wirbeltier beobachtete überraschende Tatsache herausgestellt, daß dieser Höhlenbewohner nicht die geringste Spur einer Lunge besitzt. Da natürlich wie bei jedem Lebewesen eine Atmung stattfinden muß, kann nur ein anderes Organ die Aufgabe des Gasaustausches übernommen haben. Es muß irgend ein Organ sein, das dem Blutgefäßsystem eine große Oberfläche zu weitverzweigter Ausbreitung darbietet; denn je größer die Fläche ist, an der sich die dünnwandigen Blutgefäße mit der Luft berühren, desto besser geht der Gasaustausch vonstatten.

Es hat sich nun gezeigt, daß in der größten Fläche, die der Salamander besitzt, nämlich in der äußeren Haut, die Verzweigung der Blutgefäße besonders reich gestaltet ist, so daß sich der Gasaustausch hier gut vollziehen kann. So ist beim braunen Höhlensalamander die innere Fläche der Lunge durch die äußere Fläche der Haut ersetzt worden; er atmet also mit seiner Außenhaut. Und zwar ist es in erhöhtem Maße die Haut der Gliedmaßen, besonders der Zehen, die infolge einer ungemein reichlichen Durchblutung fürs Atmen am geeignetsten ist. Das hat seinen guten Grund darin, daß die Gliedmaßen als die beweglichsten Teile des Körpers am meisten mit dem Sauerstoff in Berührung kommen. So funktionieren die Füße des Höhlensalamanders tatsächlich wie Lungen.

Kann das Kind im Mutterleib schon hören? Mit der Frage, ob das werdende Kind schon Sinnesempfindungen hat, haben sich zahlreiche Forscher beschäftigt, ohne bisher zu einem endgültigen Ergebnis zu gelangen. Vor kurzem sind jedoch aus der Berliner Universitäts-Kinderklinik Beobachtungen mitgeteilt worden, die sehr für die Wahrnehmungsfähigkeit des Embryos sprechen. Man kann natürlich nicht den Gehör-, Geruchs- und Geschmackssinn prüfen; dagegen wohl, ob das werdende Kind schon Hörempfindungen hat. Unter einer sehr vorsichtigen Versuchsanordnung, bei der man vor allem für absolutes Ruhigverhalten der Mutter Sorge trug, wurde beobachtet, ob der Embryo in den letzten Wochen vor der Geburt auf die Töne einer lauten und schrillen Autohupe reagiert. Tatsächlich traten hierbei in einer Reihe von Fällen Kindesbewegungen zutage, die deutlich sichtbar und fühlbar waren. Man schließt aus dieser Beobachtung, daß das ungeborene Kind in der Lage ist, Töne wahrzunehmen. Hierfür sprechen übrigens auch die Angaben von Rüttern, daß sie in Konzerten unangenehm heftige Kindesbewegungen gespürt hätten.

Der Kraftverbrauch beim Wandern. Wenn der menschliche Körper Arbeit leistet, so werden Verbrennungsprodukte in der Form von Kohlenäure und Wasserdampf ausgeschieden. Diese Ausscheidungen geben die Möglichkeit, die verbrauchte Kraft zu messen. Man hat Versuchspersonen mit Apparaten ausgestattet, die die Menge der ausgeschiedenen Kohlenäure und des ausgeschiedenen Wasserstoffs registriert haben. Dabei wurde festgestellt, daß der Mensch, wenn er mit einer Geschwindigkeit von 5 Kilometern die Stunde wandert, stündlich etwa 20 000 Meterkilogramm Kraft verbraucht. (Meterkilogramm ist diejenige Kraftmenge, die erforderlich ist, um ein Kilogramm einen Meter hoch zu heben.) Bei größerer Geschwindigkeit erhöht sich die verbrauchte Kraftmenge bedeutend. Eine Geschwindigkeit von 6 Kilometern die Stunde verbraucht bereits das Doppelte, 40 000 Meterkilogramm. 7 Kilometer Stundenleistung erfordern über 70 000 Meterkilogramm. Es ist also nicht rätlich, beim Wandern die Geschwindigkeit gar zu sehr zu überspannen. Was man an Zeit gewinnt, zehrt man an verbrauchter Körperkraft doppelt und dreifach zu.

Moskau in Zahlen. Moskau, die fünftgrößte Stadt unter den europäischen Großstädten, umfaßt (ohne Vororte) ein Territorium von 285 Quadratkilometern. Von dem gesamten Areal nehmen ein: Verkehrsstraßen und elektrische Eisenbahnen ein Fünftel, Gemüsegärten, unbebaute Plätze und Schuttablagerungsstätten 17,2 Proz., Parks, Gärten und Boulevards 10,8 Proz., Flüsse und Teiche 3,8 Proz., Friedhöfe 1 Proz. und bebauete Plätze nur 4,4 Proz. In den anderen Hauptstädten Europas ist dagegen das Territorium zu dreiviertel mit Wohngebäuden und Fabriken bebaut. Im Jahre 1923 gab es in Moskau und den Vororten zusammen 28 516 Hausbauten. Von ihnen waren 1181 im Bau abgebrochen worden. Steinbauten waren nur 31,1 Proz. der gesamten Baumerte. Von den 192 004 Wohnungen sind 1000 als nicht bewohnbar auszuscheiden. In der Zeit von 1920 bis 1923 sind im ganzen nur 2113 Wohnungen zugebaut worden, davon kleine Wohnungen, bis zu drei Zimmern, 31 Proz., 3-5 Zimmer, 60,1 Proz. und 6 und mehr Zimmer 8,9 Proz.

Das wilde Tier.

Von Heinrich Steiniger.

Als das der gute Vater sah, meinte er, daß es an der Zeit sein dürfte, in die Schilderung all der unaussprechlichen Greuel ein wenig Hoffnung gleich einem Tropfen im kochenden Bassam einzuführen zu lassen. Daher zog er das Tier gar fäustiglich an einem seiner schuppigen Ohren und sagte: „Wenn du dich von Grund aus änderst, mache selbst für dich noch eine Rettung zu finden.“ Darauf ging er dazu über, die himmlischen Freuden auszumalen, während er zugleich eine zur Seite stehende Stauze austraupte und dem Tier damit lockend ums Maul strich. Und so lieblich wußte er sein Tun mit der Rede zu mischen und zu verbinden, daß es schien, als wäre in dem Grünzeug schon ein Stücklein des Trankes, des Heiles und der Rettung verborgen. Was das Tier auch nicht sobald erfaßte, als es, um seinen Gehorsam zu zeigen, die Stauze bis auf den letzten Stengel hinuntertrank, so schwer ihm dies auch antommen mochte. Der Vater aber, der keine geringe Freude über die schnelle Wirkung seiner Worte empfand, geizte nun auch mit dem Lobe so wenig, wie er vorher mit dem Jorno zurückgehalten hatte. „Du Teufelsbraten,“ sagte er, „spürst du jetzt, wie süß die grünen Blätter deine Kehle kitzeln? Sind sie nicht tausendmal schmackhafter und bekömmlicher als die Blätter, die du sonst in deinen Wank geschlagen? Ich verspreche dir aber, daß du noch ungleich höheres Genießen fühlen wirst, wenn du deine häßliche Gier bezähmt und auf dem rechten Wege verharrest. Und ich will dir zeigen, was dir haben und dich nicht verlassen. Denn du nicht von neuem strauzeist und des Gewinnes wieder verlustig würdest.“ Indem er so sprach, gab er dem Tiere zum Zeichen seiner freundlichen Gefinnung einen scherzhaften Rasenüber, wofür es ihm durch ein leises Weiden seines ungeheuren Schwanzes dankte.

So blieben der Vater Loquatius und das wilde Tier monden Tag bekommen im Walde. Und während der Vater ihm in vielen schönen und erbaulichen Reden auf väterliche Weise die Vorteile eines demütigen und gestillten Lebenswandels auseinandersetzte, graste das Tier, um ihm Freude zu machen, eifrig die Sträucher und Stauden ab und glaubte schließlich nicht anders, als daß ihm das Krautzeug besser schmecke denn die fetten Fleischstücke, mit denen es sich bisher gefügigt hatte. Aber allmählich kam es doch durch die ungewohnte, milde Nahrung von Kräften, daß es des schweren Baus nur noch mit Mühe zu tragen vermochte und ihm der Bausch wie ein feiner Saft auf der Erde nachschleifte. Als der Vater

nun das Tier so weit hatte, daß es kaum noch einer lahmen Rage hätte gefährlich werden können, drehte er aus dem Saft der Bäume einen Strich, legte ihm dem Tiere um den Hals und indem er einen frommen Lobgesang anstimmte, führte er es hinter sich her aus dem Walde heraus. Von allen Seiten liefen die Leute herbei, um das Ungeheum anzustarren, das ihnen so vielen Schaden getan, und manche hätten ihm wohl am liebsten durch einen träftigen Knuff vergolten, wenn ihnen der Vater nicht mit milden Worten gewehrt hätte. Das Tier ließ den Kopf hängen und schämte sich gewaltig, obwohl ihm der Vater versicherte, daß sein jetziger Zustand dem früheren um ein Unermeßliches vorzuziehen sei. Da sie nun in die Stadt kamen, war es gleich einem Triumphzuge und des Staunens, Wanderns und Rühmens kein Ende, und der Vater bedurfte all seiner Demut, um dabei nicht in seinem Herzen übermütig zu werden. Dabei schlug er die Augen zu Boden und senkte den Kopf, wie es das Tier tat, wenn auch aus anderem Grunde, und es war ein überaus holdseliger Anblick, wie die beiden, des Schreies, Jubels und Lächelns wankend nicht achtend, durch die Straßen zogen. Der Vater brachte das Tier bis auf weiteres in seinem Kloster in einem engen, unbenutzten Hofe unter und überantwortete es der Wartung und Pflege eines Dienenden Bruders, Frater Porphyrus geheissen, während er selbst sich zu dem Prior begab, um ihm von dem, was Gottes Gnade so herrlich gesüßt hatte, Bericht zu tun.

Der Frater Porphyrus nun war ein rechter Nichtsnug, den die Faulheit mehr plagte als die Frömmigkeit, und der nur deshalb ins Kloster eingetreten war, um ohne viel Mühe und Nachdenken eine bequeme Verlogung zu haben. Da er zu seinen sonstigen zahlreicheren Heibern auch das Lafter der Neugierde in hohem Maße besaß, hätte er für sein Leben gern gemußt, wie es dem Vater Loquatius gelungen war, das ungeheure Tier zu übermächtigen und sich gefügig zu machen. Doch blieb seine Neugierde lange Zeit hindurch ungestillt. Zwar fraß das Tier das Heu und die Blätter, die er ihm auf Befehl des Vaters reichlich, gehorsam auf, trug aber sonst ein kühles und in sich gehobenes Wesen zur Schau und verhielt sich allen herausfordernden Fragen und Anspielungen des Fraters gegenüber völlig unzulänglich. Weil es aber in dem engen Hofe, wo es sich kaum umdrehen konnte, keinerlei Beschäftigung hatte, wurde es doch endlich von der Langweile übermannt, hatte auch wohl selbst einiges auf dem Herzen, was ihm der Klärung mochte bedürftig sein, und so kam es, daß es eines Tages dem jubringlichen Ausfragen des Fraters nachgab und ihm, so gut es in seiner ungelassenen Redeweise gehen wollte, erzählte, was sich mit ihm und dem Vater im Walde begeben. Nicht sobald hatte dies der schamlose Frater

vernommen, als er in schallendes Gelächter ausbrach. „O du dümmstes, blödestes und einfältigstes aller Viecher,“ rief er, „hofft du denn nicht bemerkt, daß dir der Vater nur Angst machte, um dich desto leichter in seine Hände zu bekommen? Kann man wirklich so groß und so töricht sein, wie du es bist! Du brauchst dich doch nur umzusehen, um zu gemahren, daß überall auf der Erde nichts höher geschätzt wird als Macht und Stärke, und daß sie es sind, die in Wahrheit die Welt regieren. Hoffst du schon jemals von einem gehört, der aus freien Stücken die Macht von sich gab und ihr entsagte? Der würde fürwahr kein Lob ernten, sondern von allen Menschen für einen echten und rechten Narren gehalten werden. Denn alles, was auf Erden geschieht, geschieht nur der Macht wegen, und im Himmel wird's wohl nicht viel anders sein, inwiefern es da auch Erzengel, Cherubim und Seraphim gibt, so über die übrigen gewöhnlichen Engel gesetzt sind. Weil keine Begierde, Stärke, heftiger und allgemeiner ist, als über andere zu herrschen, ihnen den eigenen Willen aufzuzwingen und sie sich dienstbar zu machen. Und läßt sich dieses Schicksalgemüt von ein paar schlauen und listigen Sprüden so sehr verblenden, daß es freiwillig auf seine Kraft verzichtet! Jetzt abendungsst du in der Falle, in die dich deine übergroße Torheit gebracht hat, und mühte es dir schwer werden, wieder herauszukommen.“ In dieser Weise redete der verschlagene Frater noch lange weiter und verfehte das Tier in nicht geringe Verwirrung. Es war aber verwunderlich, daß dieses unvernünftige Geschöpf sich bald wieder aus seiner anfänglichen Verwirrung befreite und dem schlaffen Frater auf schallende Art gar anmutig zu antworten wußte, indem es alles wieder von sich gab, was es vom Vater Loquatius vernommen hatte, und durch die Kraft Gottes in den Stand gesetzt wurde, dieselben Wendungen, Beschreibungen und Gleichnisse der Rede zu gebrauchen, die jener hatte aus seinem weitgewandten Munde ausgehen lassen. Und je stärker der unbesitzige Frater Porphyrus lachte und das Tier mit Hohn und Spott angriff, desto feister und hartnäckiger hielt es an den Lehren des frommen Vaters, so daß sie beide wohl an die zwanzigmal das gleiche wiederholten. Und wenn auch der Frater sein Höfchen nicht einstellte, so konnte er doch nicht das mindeste ausrichten und mußte schließlich von dem Tier ablassen. Solches trug sich nun fast jeden Tag zu, ohne daß das Tier auch nur um eines Haars Breite nachgegeben hätte. Wenn es aber allein war und sein Glauben nicht an den gottlosen Reden des Widersachers stärken konnte, wurde es in seiner Sicherheit erschüttert und verfiel nicht selten in Zweifel und tiefe Bestürmnis. Auch war es sehr traurig, daß es den guten Vater Loquatius, nach dem es rechte Sehnsucht trug, gar nicht mehr zu Gesicht bekam. (Schluß folgt.)

